

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **6 (1977)**

Heft 10

PDF erstellt am: **21.07.2024**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber, Liselotte Suter

Inserate: Inseratenverwaltung «das Konzept», Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (0) 47 75 30, PC-Konto 80-36651

Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (0) 47 75 30

Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 20.-) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

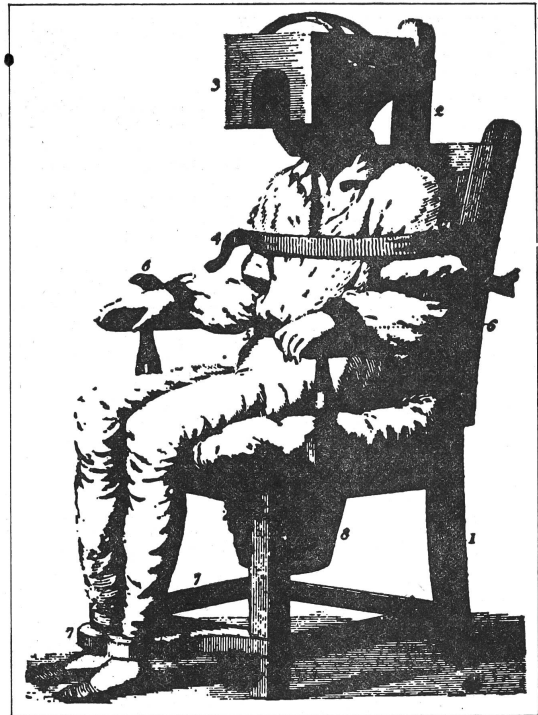
Die Diskussion über Terrorismus läuft in falschen Geleisen  
**Adolf Mutschg und die Redaktion nehmen Stellung**  
Seite 2 und 3

Gefängnisse in der Schweiz  
**Wie ist das Eingesperrtsein in unseren Gefängnissen?**  
Seite 3

Mario Grasso: Bildergeschichte  
**Die Maske, oder wie man aus einem Knaben einen Mann macht**  
Seite 5

Tourismus in die dritte Welt  
Seite 9

... und nicht vergessen:  
zum Ausschneiden  
**Abonnentalon**  
Seite 7



Der Tranquillizer von Rush (1811) verwandelte den Insassen in ein unbewegliches Objekt. Das Gerät war ein am Boden festgeschraubter Stuhl, an dessen Rücken eine ausziehbare Holzschiene befestigt war. Die Schiene trug zwei kubische Backen aus Hartholz, die auf der Innenseite mit Sackleinwand gepolstert waren. Der Kopf des Insassen wurde derart in die Backen eingezwängt, dass er sich nicht mehr rühren konnte. Arme und Beine wurden durch Gurte gefesselt; hölzerne Zangen, die aus dem Untergestell des «Beruhigers» hervorstachen, legten die Füsse still.  
(Aus: Ein Rückblick auf den Fortschritt. Kursbogen zum Kursbuch 28, Das Elend mit der Psyche. I. Psychiatrie, 1972.)

## Ein Arzt nimmt Stellung: Elektroschocks sind bloss Symptombehandlung

# Fragwürdige Heilung psychisch Kranker

Nach der Demonstration gegen das Atomkraftwerk Gösigen wurde eine Teilnehmerin in die Genfer Psychiatrieklinik Bel-Air eingeliefert, in Isolation gehalten und mit Elektroschocks «behandelt» (vgl. «das Konzept» Nr. 7, 8/77). Als darauf die Doktoren deHaan und Encckel sich gegen die Anwendung von Elektroschocks aussprachen, wurden sie von der Klinik weggeschickt und als «gefährlich für ihre Patienten» bezeichnet. In der Westschweizer Presse wurde die Frage nach der Anwendung von Elektroschocks in der Psychiatrie

aufgegriffen und einem breiteren Publikum bekanntgemacht. Die Deutschschweizer Presse hingegen hielt sich still, weshalb «das Konzept» einen kompetenten Arzt um einen Bericht aus eigener Erfahrung angefragt hat. Er zeigt mit eindrücklichen Argumenten, dass die Psychiatrie sich um die sozialen Ursachen der psychischen Störungen kümmern muss, wenn sie wirklich die Krankheiten erkennen will. (Wir haben am Schluss des Artikels einige Fachausdrücke kurz erläutert.) Die Red.

Primum nil nocere, vor allen Dingen keinen Schaden anrichten, ist einer der obersten Grundsätze ärztlicher Ethik. Diesem Prinzip wird bei der Anwendung von Elektroschocks (ES) zuwidergehandelt. Denn der ES ist eine Behandlung, die das Gehirn schädigt: es entsteht in jedem Fall ein sogenanntes POS (= Psychoorganisches Syndrom, d.h. psychische Veränderungen aufgrund einer organischen Schädigung des Gehirns). Die Tatsache, dass das akute POS in den meisten Fällen reversibel ist, mildert diesen Vorwurf nicht. In jenen Fällen, in denen ES serienweise angewandt werden, ist diese Reversibilität nicht mehr gewährleistet, auch wenn elektroenzephalographisch keine Abweichungen der Hirnstromkurve vom normalen Verlauf nachweisbar sind. Ich bin Patienten begegnet, die auf ihrem Leidensweg durch die psychiatrische Institution mit weit über hundert ES traktiert wurden. Sie waren gegnig derart abgestumpft und in ihrem Gefühlsleben abgeflacht, dass sich die Annahme aufdrängen musste: Hier ist etwas schiefgelaufen; entweder haben wir es mit den fatalen Folgen des Hospitalismus zu tun, oder aber, was ebenso wahrscheinlich ist, die schleichende Verblödung dieser Menschen ist durch die wiederholte Anwendung der Elektroschocks beschleunigt worden, ist also das Resultat eines organischen Hirnabbaus, ähnlich wie wir dies von den chronischen Epileptikern her kennen. Denn der ES ist ja nichts anderes als ein künstlich erzeugter, generalisierter epileptischer Anfall.

weg) oder: «Ich fühle mich wie neugeboren.» Der Schein trügt jedoch. Es handelt sich dabei um einen Stimmungsumschwung, der in einzelnen Fällen sogar in eine manische Phase münden kann. Gewöhnlich aber verfallen die Leute in einen Zustand dumpfer Euphorie, und wenn man mit ihnen ins Gespräch zu kommen versucht, um die aktuelle Lebenslage zu besprechen oder etwas aus ihrer Vergangenheit zu erfahren, so haben sie plötzlich «alles vergessen» – wünschenswert, ist man versucht zu sagen (ob dem Wunsch des Patienten oder des behandelnden Arztes entsprechend, bleibe dahingestellt).

Die Vergesslichkeit ist ein untrügliches Zeichen für das Vorliegen eines POS. Damit wird eine Untersuchung der krankmachenden Umstände verun-

Das zweite Argument, nämlich die Behauptung, die Selbstmordrate werde durch die Anwendung von ES gesenkt, ist nicht leicht zu widerlegen, es ist aber auch nicht bewiesen. Ich kenne keine statistischen Arbeiten zu diesem Problem, sondern nur desbezügliche Hinweise von Kollegen, die ES regelmässig anwenden. Dazu gäbe es noch einiges zu fragen, z. B. ob wir Menschen, deren Lebenswille am Erlöschen ist, einen guten Dienst erweisen, wenn wir ihr unersättliches Leben mittels apparativer Tricks zu verlängern suchen. Das künstliche Niedrighalten der Selbstmordrate durch so fragwürdige Massnahmen, wie ES, könnte ausserdem über das so weitverbreitete psychische Leid in unserer Gesellschaft, das uns u. a. in Form von Depressionen entgegentritt, hinwegtäuschen. Ich glaube, wir müssen zu den hohen Selbstmordziffern, welche in den letzten Jahren noch sprunghaft angestiegen sind, als einer gesellschaftlichen Realität stehen und ihren Gründen nachgehen. Die Lösung dieses Problems kann nicht «Elektroschock» heissen.

Auf jeden Fall handelt es sich bei der Behandlung mit ES, deren Anwendung

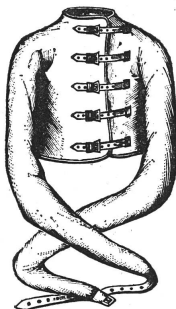
ohnehin sehr streng gehandhabt und nur auf schwere Fälle von sog. endogenen Depressionen und katatone Zustände (Katatonie = Sonderform von Schizophrenie mit körperlicher Starre oder Erregtheit) begrenzt werden sollte, um auch nicht in gleichem Ausmass. Eine wesentliche differenziertere Betrachtungsweise ist hier sicher am Platz. In bestimmten Fällen leisten insbesondere die sog. Neuroleptika grosse Hilfe; ohne sie kommt die moderne Psychiatrie praktisch nicht mehr aus, und ohne sie wäre auch ein nur einigermaßen geordnetes Leben vieler psychisch Kranker unter der gegebenen sozialen Bedrängung nicht mehr denkbar. Auch wenn das Schlagwort von der «chemischen Zwangsjacke» einige Berechtigung hat,

haben wir es doch gerade diesen Medikamenten zu verdanken, dass wir auf veraltete Behandlungsmethoden wie Einschliessen, Elektroschocks, Schlaf- und andere Kuren heute verzichten können. Den unkontrollierten Masskonsum von Tranquillizern vom Typ Valium, Librium, Seresta und wie sie sonst noch alle heissen, halte ich dagegen für gefährlich. Hier ist einem Grossteil der Ärzteschaft der Vorwurf nicht zu ersparen, dass sie ihre an neurotischen Störungen und psychosomatischen Symptomen leidenden Patienten mit recht stark eingreifenden, zudem abhängig machenden Medikamenten vornehmlich beruhigt, sei es aus Zeitmangel oder fehlender psychotherapeutischer Kompetenz. Hinter dieser Praxis stehen zudem die Geschäftsinteressen der pharmazeutischen Industrie, die ihre Ware durch eine raffinierte Propaganda allzuleicht «an den Mann» bringt.

### Psychische Betriebsstörung?

Elektroschocks werden heute noch in den meisten psychiatrischen Kliniken der Schweiz durchgeführt, in vielen sogar in den führenden, Universitätskliniken gehören sie zur täglichen Routine.

Fortsetzung auf Seite 8



Zwangsjacke (aus: Ein Rückblick auf den Fortschritt. Kursbogen zum Kursbuch 28, Das Elend mit der Psyche, 1972)

### Schocktherapie: Symptombehandlung

Die Hauptargumente des Befürworter der «Elektrobehandlung», wie der ES von ihnen euphemistisch genannt wird, sind:

1. raschere Aufhellung depressiver Zustände;
  2. Senkung der Selbstmordraten.
- Zum ersten Argument: Auf den ersten Blick hat der ES nicht nur negative Auswirkungen. Es ist immer wieder erstaunlich zu sehen, welche rasche «Erfolge» bereits nach den ersten Schocks z. B. bei depressiven Patienten erzielt werden. Schon nach wenigen Tagen kann man in der Tat Zeuge einer «Aufhellung» des depressiven Zustandsbildes werden, und die Patienten sagen etwa: «Ich bin erleichtert, die ganze Last ist

möglichst, und die Leute werden nach einigen Wochen aus der Klinik entlassen, ohne neue Einsichten in ihre Lebensproblematik gewonnen zu haben – ohne dass sie nun also in der Lage wären, von sich aus etwas in ihrem Leben zu ändern. Wen wundert's, dass sie bald rückfällig werden? Grotesk, wenn auch nachvollbar mutet dann das gelegentliche Ansuchen dieser Patienten um neuerliche Hilfe mittels «Elektrobehandlungen» an, sobald die depressive Entwicklung einen neuen Tiefpunkt erreicht hat – weil ihnen die letzte «Kur» doch «so gutgetan» hat. Nicht selten kommt es vor, dass gewisse Patienten regelrecht ES-süchtig werden und immer wieder nach Schockbehandlungen verlangen, sobald nur die geringsten Anzeichen einer depressiven Verstimmung auftreten. Sie bedürfen dann einer Entwöhnungsbehandlung ähnlich einem Suchtmittelabhängigen, wollen sie aus ihrem Teufelskreis befreit werden. Doch oft ist es dazu zu spät, weil sie organisch abgebaut sind und damit die Funktion des Hirngewebes durch die wiederholten «Kuren» beeinträchtigt ist, was sich u. a. in einem erheblichen Verlust der Kritikfähigkeit manifestiert. Die Fähigkeit zur Selbstkritik ist jedoch Voraussetzung zur wirklichen Aufhellung bzw. Aufdeckung psychischer Konflikte.

### Schocktherapie

Krankheiten durch plötzlichen, überfallartigen Eingriff in den beim Patienten vorhandenen körperlichen und psychischen Zustand. Mittels schockierendem Reiz und der dadurch ausgelösten intensiven Reaktion soll eine Heilwirkung erzielt werden. Die Behandlung mit Elektroschock, welche eigentlich beim Patienten einen epileptischen Anfall auslöst, wurde 1938 eingeführt. Daneben gibt es noch Schocktherapien mit Amphetamin, Cardiazol, Insulin.

### U. C. (1877-1963)\*

\*Ugo Cerletti, italienischer Psychiater, Mitbegründer des Elektroschocks als psychiatrische Behandlungsmethode.

Und ich begab mich zum Schlachthof (und war Dir. Neurobiolog. Inst. Mailand) und ich sah die Schweineschädel zwischen den schweren Metallzangen (und mein Herrenzimmer in der Via Savoia) und den Schälhebel (und meine antiken Bronzestatuetten auf dem Schreibtisch) und ich bemerkte wie die Tiere bewusstlos zusammensenken und steif wurden (und Prof. I. Neuropsychiatrie Univ. Bari Univ. Genua Univ. Rom) und wie sie dann nach ein paar Sekunden in Krämpfe verfielen (und Erfinder eines Zünders für Artillerie und Luftwaffe) und ich dachte dass hier für meine Versuche ein äusserst wertvolles Material vorlag (und meine Orden und Goldmedaillen) und ich beschloss zu untersuchen welche Dosis welche Spannung und welche Methode erforderlich wären um den Tod der Schweine herbeizuführen (und Präs. Ital. Ges. f. Psychiatrie) und ich gab ihnen Stromstösse durch den Schädel von verschiedenen Seiten (den Ehrenmitglied. Komitee f. Biol. u. Med. des Nationalen Forschungsrates) und durch den Rumpf (mehrere Minuten lang (und Kandidat für den Nobelpreis) und es fiel mir auf, dass die Tiere selten verendeten wenn der Strom durch ihren Kopf floss (und meine Haushälterin und mein Rauchverzehrer in Gestalt einer Porzellanleule) und dass sie nach heftigen Starrkrampf minutenlang liegenblieben (und Dr. h. c. Sorbonne Paris) und sich dann mühsam erhoben (und Dr. h. c. Rio de Janeiro und São Paolo und Montréal für bahnbrechende Kropf- und Kretinismusstudien) und dass sie versuchten zu fliehen

Und ich wies meine Assistenten an nach einer geeigneten Versuchsperson Ausschau zu halten (und W. H. Duce) und am 15. 4. 1938 überwiegt mir der Polizeipilz sinden von Rom ein Individuum zur Beobachtung (und der Faschismus ist über den verwesenen Leib der Göttin Freiheit hinweggestiegen) und ich zitiere aus seinem Begleitschreiben (und Italiener! Schwarzhemden! Legionäre!): «S. E., Ingenieur und 39 Jahre alt und aufgegriffen am Hauptbahnhof und ohne gültigen Fahrausweis und offenbar nicht im vollen Besitz seiner Geisteskräfte» (und nicht endenwollende Ovationen) und ich wählte diesen Mann aus für meinen ersten Menschenversuch

Und ich brachte zwei Elektroden an seinen Schläfen an (und die wichtigsten Indikationen sind Schizophrenie und Paranoia) und ich beschloss mit 50 Volt Wechselstrom und 0.2 Sekunden anzufangen (und Alkoholisierung und Drogen-sucht und Depressionen und Melancholie) und seine Muskeln wurden steif (und die wichtigsten Nebenwirkungen sind Gedächtnisverlust und Brechreiz und Panik) und er bäumte sich auf (und dies ist die typische von von Braunnmihi et al. so genannte Hampelmannstellung) und er fiel zusammen aber ohne das Bewusstsein zu verlieren (und die wichtigsten Komplikationen sind Schenkel-Arm-Kiefer- und Wirbelsäulenbrüche) und er fing an sehr laut zu singen (und Herzbeschwerden und innere Blutungen) und dann wurde er still und rührte sich nicht mehr

Und natürlich behauptete das für mich eine starke gefühlsmässige Belastung (und nach Reil [1803] ist die ungeschädliche Folter ein Gebot der Heilkunst) und ich beriet mich mit meinen Assistenten

ob ich eine Pause einlegen sollte (und nach Squire [1973] ist es unbekannt wie lange die Amnésie anhält) und der Mann hörte uns zu und sagte plötzlich mit lauter und feierlicher Stimme: «Tut es nicht noch einmal. Das ist der Tod.» (und nach Sogliano [1943] kann die Behandlung ohne Bedenken bis zu fünfmal innerhalb von zehn Minuten wiederholt werden) und ich gestehe dass mir der Mut sank (und nach Kalinowski et al. [1946] sind stets Gurte und Fesseln beizubehalten für den Fall dass der Patient gemeingefährlich und gewalttätig wird) und ich musste mich aufpassen um diesem abergläubischen Gefühl nicht nachzugeben (und nach Sakel et al. [1965] fehlt es leider bisher an einer wissenschaftlichen Begründung für den Elektroschock) und ich nahm mich zusammen und gab ihm noch einmal einen Stoss von 110 Volt

Und seitdem klettern sie auf der geschlossenen Station in ihren Pyjamas auf die weisslackierten Eisenbetten (und werden seine Pionierarbeit vergessen) und kriegen eine Spritze verpasst (und bei Gegenwehr noch eine Spritze (und seine Leistungen für den wissenschaftlichen Fortschritt) und vier Wärter halten sie fest an Händen und Füssen (und seine Schaffenslust) und stopfen ihnen einen Gummischlauch in den Mund und stülpen ihnen die kalten Chromplatten über die Schläfen (und seinen unstillbaren Wissensdurst) und in den Schlachtlochen hört man kein Brüllen und Muhen und Queicken mehr (und seinen echten Humanismus) und dann gibt der Chef Saft (und an einen wissenschaftlichen Begründung hierfür fehlt es leider noch) und dann sind sie weg und dann wachsen sie wieder auf und dann sind sie gelüchelt Hans Magnus Enzensberger

Aus: Mausoleum. Siebenuhrdreissig Balladen aus der Geschichte des Fortschritts.

Das Gespräch über Terrorismus ging bisher an Wesentlichen vorbei

## Endlich eine radikale Diskussion über Terrorismus in Gang bringen

«Terrorist» ist zu einem Modewort geworden. Es hat das andere Modewort «Anarchist» abgelöst. Beide haben eines gemeinsam: Sie werden in rasender Inflation gebraucht und deshalb sehr oft am falschen Ort. Für die Inflation des neuen Modeworts ist aber nicht zuletzt die Presse verantwortlich zu machen. Sie hält mit diesem Wort «Terrorismus» künstlich eine Diskussion über ein gesellschaftliches Problem in Gang. Das Resultat: Statt einer kritischen Betrachtungsweise, welche sehr gut und begründet wirklichen Terrorismus und dessen Ursachen von politischer Opposition und Kritik

zu unterscheiden wüsste, entsteht dieses gefährlich falsche Bild: die Vorstellung, alle Kritiker seien letztlich Terroristen, welche unsere Gesellschaft zerstören wollten. Die Diskussion ist also diesem fatalen Lauf zu entweichen, weshalb hier endlich einmal auf die sozialen Bedingungen und Gründe des Terrorismus eingegangen werden soll. Adolf Muschg hat einen Beitrag dazu verfasst, die Redaktion zwei kleinere Artikel. Im Kasten geben wir wesentliche Passagen eines Artikels von Herbert Marcuse aus der «Zeit» wieder.

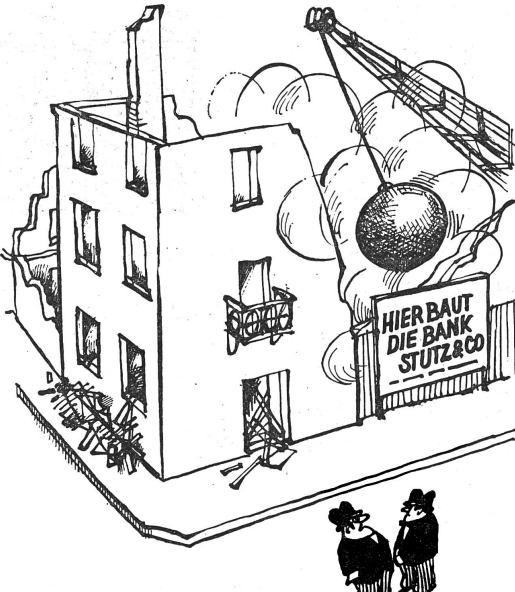
Die Redaktion

### Hitlers Kinder?

von Adolf Muschg

Am Tag, wo ich dies schreibe, ist Schleyer noch immer entführt, aber auch noch immer am Leben. Der Staat ist aus der Verlegenheit, ihm dieses Leben, das höchste Rechtsgut der Menschheit, retten zu müssen, aber politisch nicht retten zu dürfen, noch nicht entlassen. Sie kann nur das Falsche tun, die gegenwärtige deutsche Regierung:

Anerkennt sie, dass sie sich im Kriegszustand befindet, begibt sie sich in die Nähe des Standrechts, um den Rechtsstaat zu retten, so Verrat vorverfehlen. Sie muss sich nicht dem Recht schuldig machen, sondern sie muss sich in die Nähe des Standrechts stellen, um den Rechtsstaat zu retten. Sie muss sich in die Nähe des Standrechts stellen, um den Rechtsstaat zu retten. Sie muss sich in die Nähe des Standrechts stellen, um den Rechtsstaat zu retten.



«Diese Terroristen wollen eine uns liebgeordnete Welt mit Gewalt zerstören.»

brachte sie, und sie brauchten ihre Verantwortung. Nur was mit diesem Wort etwas zu sehr Mercedes-Benz und Fortsetzung auf Seite 3

Noch kaum je hat ein Ereignis in einem Nachbarland die Gemüter in der Schweiz so ausgiebig beschäftigt wie die Schleyer-Entführung. Und noch selten offenbar haben sich Linke und andere Fortschrittliche aller Schattierungen so betroffen gefühlt wie eben jetzt.

Der Grund ist klar: Einerseits gerät nun jeder, der einmal seine Stimme, seinen Hintern oder auch nur seine Hand gegen die etablierten Strukturen erhoben hat, in den Verdacht, dem Terror zu Gewinnen gestanden zu haben. Und andererseits stehen hinter den Taten der RAF Ideen, die – so diffus und entartet sie heute sind – ihren Ursprung irgendmal in derselben Protestsituation hatten wie die Jugendrevolte von 1968. Die RAF-Leute arbeiten zwar längst nur noch den Rechten in die Hände, aber sie haben zumindest früher den Anspruch erhoben, Systemveränderer zu sein. Linke zu sein. Das muss allerdings betroffen machen. Dabei fällt auf, wie uneins die also Betroffenen, die Kritiker unserer Gesellschaft, auf die Herausforderung reagieren. Mit einer Uneinigkeit, die vielleicht auch Ratlosigkeit widerspiegelt.

Wir sind uns gewiss nicht auf der Seite Schleyers zu finden. Aber ebenso gewiss nicht auf der Seite der RAF-Leute. Und auch nicht gerade auf der Seite der deutschen Bundesregierung. Wir meinen auch nicht, dass sich der vielerlei Rechtsstaat ausgerechnet hier und jetzt auf Schleyer konn'n raus bewahren muss,

«Unsere Aktien stehen schlecht» ist ein Volksausdruck, wenn man wenig Aussicht auf Erfolg zu haben meint. Ein beschönigender Ausdruck: Weil meistens der Redner gar keine Aktien besitzt. Auch unsere Aktien stehen schlecht, weil wir eben gar keine eigentlichen Aktien haben. Unser einziger «Besitz» – welcher zurzeit in einer Baisse steckt – ist anderer Natur: Unfassbar mit Händen oder mit Zahlen, unser kritisches Verhältnis zu unserer Gesellschaft Schweiz (inklusive ihrer Abhängigkeit von der internationalen Situation).

Wir hatten das Glück, wie wir meinen, einem verfanglichen und zu oft funktionierenden Kreislauf entronnen zu sein, als wir erkannten, dass der Fortschritt einer Gesellschaft im wirklichen Dienste der Mehrheit, der Unprivilegierten, ja der Schwachen, nur durch ein kritisches Auge und einen kritischen Verstand ergründet werden kann. Und immer in der Geschichte nur auf diesem Weg erarbeitet werden konnte. Wir hatten also das Glück, keine simplen Mitmacher zu sein, keine denkschwachen Nachbeter dessen, was uns die Mächtigen dieser Gesellschaft zum Beten vorlegen.

«Wir sind nicht wie die Mörder und Entführer. Was haben sie mit uns zu tun, fragen wir uns ehrlich und überrascht, mit uns, die wir für soziale Errungenschaften arbeiten und uns gegen sozialen Abbau stemmen? Sie, die Mächtigen, geben uns Antwort: Ihr seid der meiste Sympathisantensumpf. Das heisst: weil es euch gibt, gibt es diese Mörder.»

«Ihr seid (den Terroristen) von ihren nun distanznehmenden einstigen Krawallgenossen lediglich ihr «bourgeois Spontanismus» angekreidet, oder wird jetzt auch das Prinzip Gewalt verwendet?» (F. Luchsinger, Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung.»)

«Nun verteidigt euch! Aber...» «Es ist weder mit barschen Demütigungen noch mit ideologischem Kopfstunden (Derselbe.)» «Es steht schlecht um unsere Überzeugung, um unser soziales Engagement, wenn wir es zeitigen müssten, weil wir mit den Mördern und Entführern kurzgeschlossen in eine Beziehung gebracht werden. Aber sind es tatsächlich wir, welche sich zu verteidigen haben? Sind es nicht vielmehr jene, welche sich für diesen Sumpf, aus dem das Kroch, stark machen. Und diese Mörder und Entführer, sie sind nicht die Mörder, sondern wir, Kinder einer Gesellschaft; Kinder, in sozialen Verhältnissen aufgewachsen und «gebildet», welche von den Mächtigen in Gang gehalten werden, welche von diesen Mächtigen und ihren Sprachrohrern verteidigt und als bestmöglich gepriesen werden.

Sind nicht wir, denen es nun tatsächlich an den Kraken geht, die wir nun immer lauter verschrien werden als Terroristen, die wir nicht mehr das Maul aufmachen sollen, diejenigen, welche den Mächtigen zuzuföhren müssen? Weil es auch gibt jene Mörder und Entführer, weil ihr so unerbittlich an eurer Macht und Ordnung festhalten wollt. Weil ihr jede Opposition als persönlichen Todesschritt aufgefasst habt, welcher nur den Tod von sozialer Ungerechtigkeit und Ungleichheit bedeutete.

Mehr nach: es ist euch Mächtigen so verdammt gut gelungen, dem Volk jeden kritisch Denkenden, jeden, der auch nur einmal den Mut gefunden hatte, nicht zu sagen, als Bruder der Mörder, Entführer und Bombenleger zu verkaufen, dass dieses Volk selbst so zu denken beginnt. Es ist euch offensichtlich gelungen, euch ein Volk zu halten, das selbst zur Verbesserung seiner eigenen Situation nicht sagt, selbst zur Beschneidung seiner Rechte und Eingriffsmöglichkeiten ja sagt. Was habt ihr für einen Sumpf angerichtet! Ist nicht dies der Sympathisantensumpf, aus dem die Mörder und Entführer stammen: diese Ohnmacht, in der die Mächtigen ihre Beherrschungen halten? Wie kann es verwundern, wenn diese Typen durchdrehen – es gibt so viele, die drehen auf ganz andere Weise durch: mit Drogen, Ausflüssen, mit individualistischem Egoismus.

Diese Mörder und Entführer sind krank, und man kann keinem einzelnen von euch Mächtigen diese Krankheit in die Schuhe schieben; aber indirekt euch allen zusammen. Weil ihr in sozialen Verhältnissen festhaltet (und diese verteidigt), welche diese Irren hervorbringen.

Der Kopfstand, der ideologische, liegt auf eurer Seite: dort, wo ihr dem eigenen Kind die «Erkranktheit» vorwerfen wollt, noch kopfständig: wo ihr den Brüdern und Schwestern diese «Erkranktheit» einiger eurer Kinder zur Last legen wollt.

## Der Sympathisantensumpf

«Unsere Aktien stehen schlecht» ist ein Volksausdruck, wenn man wenig Aussicht auf Erfolg zu haben meint. Ein beschönigender Ausdruck: Weil meistens der Redner gar keine Aktien besitzt. Auch unsere Aktien stehen schlecht, weil wir eben gar keine eigentlichen Aktien haben. Unser einziger «Besitz» – welcher zurzeit in einer Baisse steckt – ist anderer Natur: Unfassbar mit Händen oder mit Zahlen, unser kritisches Verhältnis zu unserer Gesellschaft Schweiz (inklusive ihrer Abhängigkeit von der internationalen Situation).

«Wir sind nicht wie die Mörder und Entführer. Was haben sie mit uns zu tun, fragen wir uns ehrlich und überrascht, mit uns, die wir für soziale Errungenschaften arbeiten und uns gegen sozialen Abbau stemmen? Sie, die Mächtigen, geben uns Antwort: Ihr seid der meiste Sympathisantensumpf. Das heisst: weil es euch gibt, gibt es diese Mörder.»

«Ihr seid (den Terroristen) von ihren nun distanznehmenden einstigen Krawallgenossen lediglich ihr «bourgeois Spontanismus» angekreidet, oder wird jetzt auch das Prinzip Gewalt verwendet?» (F. Luchsinger, Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung.»)

«Nun verteidigt euch! Aber...» «Es ist weder mit barschen Demütigungen noch mit ideologischem Kopfstunden (Derselbe.)» «Es steht schlecht um unsere Überzeugung, um unser soziales Engagement, wenn wir es zeitigen müssten, weil wir mit den Mördern und Entführern kurzgeschlossen in eine Beziehung gebracht werden. Aber sind es tatsächlich wir, welche sich zu verteidigen haben? Sind es nicht vielmehr jene, welche sich für diesen Sumpf, aus dem das Kroch, stark machen. Und diese Mörder und Entführer, sie sind nicht die Mörder, sondern wir, Kinder einer Gesellschaft; Kinder, in sozialen Verhältnissen aufgewachsen und «gebildet», welche von den Mächtigen in Gang gehalten werden, welche von diesen Mächtigen und ihren Sprachrohrern verteidigt und als bestmöglich gepriesen werden.

### Unsere Betroffenheit

Entführung besteht ein Unterschied. Eine nächtlich explodierende Bombe in einem Kellerloch des ITT-Gebäudes nach dem Chile-Putsch ist wiederum etwas anderes. Und eine Hausbesetzung oder die Blockierung der Zufahrten zum Atomkraftwerk Gösigen sind wiederum ganz andere Dinge.

Diese Unterscheidungen dürfen nicht verlorengehen, selbst wenn man Gewalt in jeder Form ablehnt. Man müsste dann allerdings auch die Gummigeschosse der Polizei in Gösigen ablehnen, Waffenexporte nach Südafrika, Kredite nach Chile und anderes mehr! Es geht nicht an, friedfertige AKW-Gegner einfach in den Totschlagersumpf zu werfen, wovon gewisse Kreise offenbar nicht zu rückschrecken. Sonst wird bald vorgefressen erklärt, wer Unterschriften für eine POCH-Initiative sammelt.

Wenn's soweit ist, wird «konzept»-Abonnement 100 Franken kosten müssen. Zur Abgeltung unseres Berufsrisikos.

«Unsere Betroffenheit» bedeutet aber nicht, dass wir jetzt einfach in den Chor der Empörten einstimmen. Wir finden es ebenso empörend, wenn ein Bäuerliemangel genügender Sicherheitsvorkehrungen zu Tode stürzt oder ein Angestellter in einem überflüssigen Atomkraftwerk versucht wird, wie wenn der Herr Arbeiterpräsident entführt und sein Chauffeur erschossen wird.

Es gibt überall Berufsrisiken, nur werden sie bei den einen eher hingenommen als bei den andern. Starkstrommonteure zum Beispiel haben eine viel höhere Sterblichkeitsquote als Polizisten. Wenn ein solcher Monteur in einem Einkaufszentrum von Karstadt oder in einem Tresorraum der Deutschen Bank vom Stromtod ereilt wird, erhält er kaum laudensweise Anteilnahme und eine Direktübertragung seines Begräbnisses.

Der ehemalige Herr Wirtschaftsminister, der die Nachfolge des ermordeten Bankiers Ponto auf sich nimmt, weiss genau, was ihm blühen kann. Und er nimmt dieses Risiko nicht aus Vaterlandsliebe auf sich, sondern er lässt sich ganz anständig entschädigen dafür: Mit Geld, und vor allem mit Macht. Seine Leibwächter wissen auch um ihr Risiko. Sie können – und müssen – es ablehnen, einen so gefährlichen Mann zu bewachen, der zehn- oder zwanzigmal mehr verdient als sie. Selbst wenn Rezession ist.

Zur Frage der Gewalt scheint uns etwas wichtig: Zwischen den Schüssen in Köln und beispielsweise einer Lorenz-

Entführung besteht ein Unterschied. Eine nächtlich explodierende Bombe in einem Kellerloch des ITT-Gebäudes nach dem Chile-Putsch ist wiederum etwas anderes. Und eine Hausbesetzung oder die Blockierung der Zufahrten zum Atomkraftwerk Gösigen sind wiederum ganz andere Dinge.

Diese Unterscheidungen dürfen nicht verlorengehen, selbst wenn man Gewalt in jeder Form ablehnt. Man müsste dann allerdings auch die Gummigeschosse der Polizei in Gösigen ablehnen, Waffenexporte nach Südafrika, Kredite nach Chile und anderes mehr! Es geht nicht an, friedfertige AKW-Gegner einfach in den Totschlagersumpf zu werfen, wovon gewisse Kreise offenbar nicht zu rückschrecken. Sonst wird bald vorgefressen erklärt, wer Unterschriften für eine POCH-Initiative sammelt.

Wenn's soweit ist, wird «konzept»-Abonnement 100 Franken kosten müssen. Zur Abgeltung unseres Berufsrisikos.

«Unsere Betroffenheit» bedeutet aber nicht, dass wir jetzt einfach in den Chor der Empörten einstimmen. Wir finden es ebenso empörend, wenn ein Bäuerliemangel genügender Sicherheitsvorkehrungen zu Tode stürzt oder ein Angestellter in einem überflüssigen Atomkraftwerk versucht wird, wie wenn der Herr Arbeiterpräsident entführt und sein Chauffeur erschossen wird.

Es gibt überall Berufsrisiken, nur werden sie bei den einen eher hingenommen als bei den andern. Starkstrommonteure zum Beispiel haben eine viel höhere Sterblichkeitsquote als Polizisten. Wenn ein solcher Monteur in einem Einkaufszentrum von Karstadt oder in einem Tresorraum der Deutschen Bank vom Stromtod ereilt wird, erhält er kaum laudensweise Anteilnahme und eine Direktübertragung seines Begräbnisses.

Der ehemalige Herr Wirtschaftsminister, der die Nachfolge des ermordeten Bankiers Ponto auf sich nimmt, weiss genau, was ihm blühen kann. Und er nimmt dieses Risiko nicht aus Vaterlandsliebe auf sich, sondern er lässt sich ganz anständig entschädigen dafür: Mit Geld, und vor allem mit Macht. Seine Leibwächter wissen auch um ihr Risiko. Sie können – und müssen – es ablehnen, einen so gefährlichen Mann zu bewachen, der zehn- oder zwanzigmal mehr verdient als sie. Selbst wenn Rezession ist.

## das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telefon 01 (61) 47 75 30; PC-Konto 80-3176216.

Redaktionsleiter: Bruno Bareswell, Ruedi Küng, Rolf Nel, Beat Schweingruber, Liselotte Suter. Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herausgeber: «Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungswiese: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikerverbänden, Höheren Wirtschaftsschulen und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32.000.

Einserat: Inseratverwaltung «das konzept», Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz. Tel. 01 (61) 47 75 30; PC-Konto 80-36 65 1; 1-sp-mm-Zeile – 62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionschluss Nr. 11: 21. 10. 77. Inseratenschluss Nr. 11: 28. 10. 77.

Touristenführer durch die schönsten Gefängnisse der Westschweiz\*

# Einsperren in der Schweiz

«Man kann eine Gesellschaft nicht gut kennen, wenn man ihre Gefängnisse nicht kennt», sagte Victor Hugo. Und: «Es ist immer gut, etwas zu beginnen mit (Victor Hugo sagte)», schreiben die Ex-Gefangenen, die ihre Erfahrungen in schweizerischen Strafanstalten in einem «Touristenführer durch die schönsten Gefängnisse der Westschweiz» mit durchgehender, nicht unbefangener Ironie verarbeitet haben. Die Schweiz hat Mühe mit ihren Gefängnissen, wie sie Mühe mit dem Bankgeheimnis hat; die ehemaligen Insassen dieser Gefängnisse legen den Daumen in Kenntnis der Sache auf die empfindliche Stelle: zunächst für alle, die durch ihre Lebensweise den potentiellen zukünftigen «Besuchern» der Strafanstalten zuzurechnen sind. Dann aber beschlossen sie, die Realität der Gefängnisse über die Beschreibung des Tagesablaufs hinaus zu analysieren, zu erklären – dies nicht den «Spezialisten», den Soziologen, Psychologen, Sozialarbeitern zu überlassen. Entstanden ist ein Buch, in dem Erfahrungen festgehalten werden und Gedanken über diese Erfahrungen; die dann vor der Vorstellung einer Gesellschaft ohne Gefängnisse nicht haltmachen. – Wir versuchen einige dieser Gedanken wiederzugeben und drucken dann – als Buchauszug – die detaillierte Schilderung eines bestimmten Gefängnisses ab, in der für viele Leser exotische Realität der Gefängnisse sich als tagtägliche Abstumpfung herausstellt.

«Die Schweiz, ein kleines Land ohne Meeresküsten, ist sehr stolz auf seine Strafkolonien; es sind die einzigen Kolonien, die sie besitzt und je besitzen wird.»

Louis Chiffelle, Chef der Sicherheitspolizei des Kantons Freiburg in: «Information pénitentiaires suisses», Nr. 1/74



In der Schweiz, dem Musterbeispiel einer Demokratie, einer direkten Demokratie, hat es eine Reihe von speziellen Einrichtungen, die nur eine einzige Funktion haben: eine gewisse Anzahl Menschen wieder in den Senkel zu stellen, auf den rechten Weg zu bringen, die mit ihren Taten (Diebstahl, Drogengebrauch...) oder ihren Ideen (Dienstverweigerer, militante Linke) für eine bestimmte Gesellschaftsordnung gefährlich sind.

Auch die Irrenanstalten, die Krankenhäuser, wo weitere «unangepasste», das heisst unnütze Menschen unter den Händen von philanthropischen Spezialisten dahinmodern, gehören zu dieser Schattzone, in welche die «Grosse Maschine» aus ihrer Produktion, Distribution, Konsumtion, Edukation, Information... aussendert. Doch von den Alten und Verrückten kann man wenigstens sprechen; es ist ja nicht ihr Fehler. – Die Verfasser des «Gefängnisführers» haben erfahren, wie wenig Transparenz bei der Institution Gefängnis, das ja nicht anders als etwa die Müllabfuhr als öffentlicher Dienst finanziert wird, möglich ist. Wie sich nicht etwa die Häftlinge, wohl aber die Haftspezialisten sträuben, «darüber» zu sprechen.

Schliesslich: Solange es Gefängnisse gibt, gibt es ein Recht und damit unver-

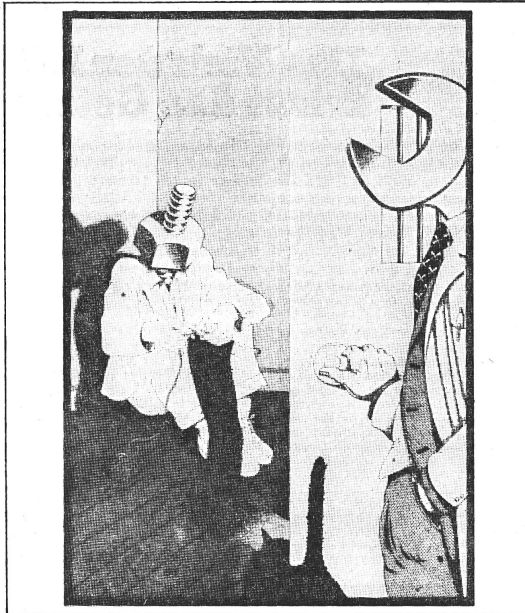
sell gültiges Gutes und Böses, das eindeutig kodifiziert werden kann. Ein sichtbares Eingeschlossenensein für die einen, und so eine reelle Freiheit für alle andern. Schatten, also auch Licht. Sehr angenehm.

Da Gefängnis ist tatsächlich nur eine Karikatur, ein Symptom, offensichtlich als andere, für die Praxis des Einsperrens, für eine subtile und gern realisierte Kontrolle.

Denn ein Gefängnisaufenthalt ist selten ein Zufall im Leben; gewöhnlich gehört er zu einer ganzen sozialen Entwicklung, ist nicht die «schiefe Ebene», von der die Moral so gern spricht. – Doch, durch den Gefängnisaufenthalt gerät jeder «weit weg» von denen «draussen»; ist ein Aussenseiter der Produktion beispielsweise, zur gleichen Zeit, wo man ihm vorgibt, dass die Arbeit für ihn ein Instrument für die Wiedereingliederung sei.

Das Gefängnis kann charakterisiert werden als die typischste und lächerlichste Sozialisationsinstitution unserer Gesellschaft. Als totale Institution ist das Gefängnis – wie das Spital für die Medizin oder das Waisenhaus für die Pädagogik – eine Experimentiergelegenheit, um neue Kenntnisse zu proben, die für die «Fabrikation» von angepassten Leuten notwendig sind. Es geht also nicht darum, einen Fehler zu sühnen, sondern darum, die Normalität wiederherzustellen. Dazu ein Gefangener: «Also gut, ich sitze meine Zeit ab. Aber ich ertrage es nicht, dass man mich beständig weiter verurteilt, Tag um Tag, mit all den Quälereien und den kleinen Vorteilen, die das Gefängnis zu vergeben hat, je nachdem ob man sich gut oder schlecht benimmt.»

Unter günstigen Bedingungen schaffen es Gefangene vielleicht, sich draussen wieder wohl zu fühlen. Sie machen unter grossen Anstrengungen eine scharfe Zäsur in ihrem Leben, lehnen einen Teil dessen, was sie gelebt haben, ab. Der Preis ist hoch – er ist das Vergessen aller der Unterdrückung und der erlittenen Demütigungen.



Ein Dienstverweigerer kommentiert

## Les plus belles prisons

Kommentar zu einem Besuch der in Frage stehenden Pension

Das Gefängnis von La Chaux-de-Fonds liegt an der Rue Banneret 10, 2300 La Chaux-de-Fonds. Es besteht unter anderem aus einem Turm mit sieben Stockwerken, von denen das fünfte für die Wehrdienstverweigerer reserviert ist. Das fünfte Stockwerk umfasst übrigens wie die andern, sieben Zellen. Nummer 51 bis 57, von denen zwei nach Norden und fünf nach Süden zeigen.

tisch schliesst und morgens wieder öffnet.

Auf der anderen Seite der halbhohe Wand befindet sich eine Toilette mit folgenden Gegenständen:

- 1 Waschschüssel, versehen mit einer Platte und einem Spiegel
- 1 WC-Schüssel
- Plättliloden

Auf dieser Seite ist die Zelle durch die Tür abgegrenzt, die auf einen Korridor hinausgeht, von dem alle andern Zellen erreichbar sind.

### Die Zelle

Die Zelle misst 6x1,95 m (2,35 m die beiden Zellen gegen Norden). Sie ist zweigeteilt durch eine halbhohle Wand.

### Beleuchtung

Das Licht wird um 6 Uhr früh automatisch angezündet und bei Tageslicht ausgelöscht. Es geht bei Anbruch der Nacht wieder an, und um 22 Uhr ist Lichterlöschen.

### Radio

Das Radio kann auf Wunsch eingeschaltet werden. Es sendet Sottens I von 6 Uhr bis 7.30 Uhr und von 17 Uhr bis 22.30 Uhr jeden Tag, am Samstag ab 12 Uhr mittags und am Sonntag den ganzen Tag.

### Hygiene

Zusätzlich zu den Waschschüsseln (ohne warmes Wasser) gibt es 2 Duschen, wo man sich jeden Tag nach der Mahlzeit waschen kann, wenn man dies wünscht (ausgenommen in der ersten Woche, wo man es extra verlangen muss).

Fortsetzung auf Seite 7

## Hitlers Kinder?

Fortsetzung von Seite 2

etwas zu wenig die deutsche und europäische Geschichte gemeint.

Die Terroristen sind nicht «Hitlers Kinder»; sie sind die Kinder jener Generation, die zuerst Hitler, wo nicht mit dem Herzen, so doch mit ihrer Expertise gedient hatte, und dann der Bundesrepublik. Martin Walsers «Der schwarze Schwann», ein Stück der frühen sechziger Jahre, zeigt die heutige Krise noch im Stadium des privaten moralischen Dramas, des häuslichen Aufgebrens. Aber genau da kommt die Krise her; da sitzen die Wurzeln jener Rosen («Ich bin's, Susanne»), durch die jetzt nicht mehr mit den Vätern und Onkeln gesprochen wird; man schiesst auf sie. Die heutigen Terroristen sind

nicht von heute. Sie sind die in Fanatismus umgekehrte Verzweigung (im Grund) unsicherer Kinder über die Scheinsicherheit ihrer elterlichen Vorbilder. Es war ein langer Weg von den ersten Leitartikeln Ulrike Meinhofs im alten «konkret»; dies diese Zusammenhänge bewegend, eindringlicher, politisch wacher artikulierten, als es das italienische oder französische Trauma heute kann – ein langer Weg von moralisch-politischen Rigorismus bis zu den Schüssen von Karlsruhe und Köln; mehr als ein Jahrzehnt voller Versäumnisse, ungegebener Antworten auf berechtigte Fragen von Mord an Benno Ohnesorg bis zum Mord an Jürgen Fonto. An diesen langen Weg der Studentenbewegung in die Desperation zu erinnern ist heute unpopulär, denn es trübt den Glanz der Legitimität, in dem sich die Staatsgewalt gern sonnen möchte, wenn sie gegen Gruppen vorgeht, die sich offenbar nur noch nach Mord zu helfen wissen; es heisst nach den Ursachen des Terroris-

mus fragen statt nach seinen Symptomen. Aber dass auch der Staat in seiner Selbstverteidigung hilflos wirkt; dass er in den Augen anderer, die keine Feinde sein müssen, den Zusammenhang bekräftigt, den er verdrängt; dass das Gesicht des Deutschen, der nichts gelernt hat und alles besser macht und weiss, für diese fremden Augen sowohl bei der legalen Regierung wie bei der illegalen Revolte erkennbar ist – das hat mit jener unterlassenen Auseinandersetzung oder, wenn man will: unterlassenen Hilfeleistung gegenüber den Fragenden der sechziger Jahre zu tun.

Die Väter, die nichts von Hitler wussten, die sich gedient hatten, haben diese «Enkel Hitlers» hervorgebracht, die es jetzt mit dem Schiesszug in der Hand wissen wollen. Das Trauerspiel, das in Deutschland über die Bühne geht, leidet seit dem Wirtschaftswunder daran, dass ihm die Trauer fehlt; jetzt handelt es sich nur noch von Ende der Kommunikation. An ihrer Stelle wird auf der einen Seite eine antimerkantile Front markiert, auf der andern die Härte des Rechtsstaates, und die ungleichen Feinde teilen nicht nur ihre Vorstellung von Effizienz miteinander, sondern auch deren Irrealität.

## ++ redaktionelles ++ redak

### Geht dem «konzept» der Schnauf aus?

Wie Ende September in der Presse zu lesen stand, ist die Studentenschaft der Universität Zürich «faktisch aufgehoben» worden, das heisst, der Zürcher Regierungsrat hat mal ganz kräftig am Finanzhahn gedreht. Richtung «Zw.» (Mit Rechtsgewinde!)

Auf dem Rekurs der Studentenschaft ist das Verwaltungsgericht gar nicht eingetreten, weil «die Aktivlegitimation der Studentenschaft nicht gegeben sei». Schön gesagt. Und vor allem schön ausgedacht haben sich diese Demokraten und Rechtsstaater: Einer Körperschaft, die auf ausserst fragwürdige Weise liquidiert wird, nimmt man auch noch gleich das Recht weg, sich irgendwie dagegen zu wehren.

Doch zu uns: Vielen Lesern ist bekannt, dass «das Konzept» von besagter Studentenschaft mitfinanziert worden ist. (Der Todessatz gegen die Studentenschaft ist nicht zuletzt auch auf uns gezielt worden.) Nun werden wir natürlich ständig gefragt: «Geht «das Konzept» jetzt ein? Macht ihr den Schirm zu?» Um es gleich vorwegzunehmen:

**Nein.** Jetzt spannen wir ihm erst recht auf. Erstens werden durch den Entscheid des Zürcher Regierungsrats «nur» 15 Prozent unseres Budgets tangiert. Zweitens laufen unsere Verträge mit den Studentenschaften noch bis mindestens Herbst 1978. Wahrscheinlich wird aber die Studentenschaft der Uni Zürich ihre vertraglichen Verpflichtungen im kommenden Jahr nicht mehr voll erfüllen können. Das fehlende Geld müssen wir in der Zwischenzeit durch vermehrte Spenden und neue Abonnenten wettmachen.

Wir sind aber bereits daran, auf Herbst 1978 hin eine neue Struktur für unsere Zeitung auszuarbeiten, die voraussichtlich einige Änderungen mit sich bringen wird. Und wir können jetzt schon sagen: Es wird kein Abbau sein, sondern ein Ausbau. Wir werden unsere Leser darüber so bald wie möglich weiter orientieren. Selbstverständlich sind wir, immer, auch offen für Anregungen und Mitarbeit aus unserem Leserkreis.

Wer für die Gegenwart und die Zukunft des «Konzepts» etwas tun will, der denke an unser Postcheckkonto (80-37 626) oder werde (werbe) Abonnent(in). Ein Talon befindet sich auf Seite... Merke: Mit jedem neuen «Konzept»-Abonnement kann man sich ganz still und heimlich an unseren Totengräbern rächen...

**Jetzt holen wir erst recht Luft!**

## Herbert Marcuse:

### Dieser Terror hilft dem Feind

(Auszüge aus einem Aufsatz Marcuses für «Die Zeits»)

In ihrer Stellungnahme zum Terror in der Bundesrepublik muss sich die Linke zunächst von zwei Fragen leiten lassen: 1. Können die terroristischen Aktionen zur Schwächung des kapitalistischen Systems beitragen? 2. Sind diese Aktionen gerechtfertigt vor den Forderungen revolutionärer Moral? Ich muss auf beide Fragen eine negative Antwort geben.

daher die Provokation dieser Gewalt destruktiv für die Linke.

Ist der Terror in der Bundesrepublik eine legitime Fortsetzung der Studentenbewegung mit anderen Mitteln, angepasst an die intensivierte Repression? Auch diese Frage muss ich negativ beantworten. Der Terror ist vielmehr ein Bruch mit dieser Bewegung.

Die physische Liquidierung einzelner Personen, selbst der prominentesten, unterbricht nicht das normale Funktionieren des kapitalistischen Systems selbst, wohl aber stärkt sie sein repressives Potential – ohne (und das ist das Entscheidende) die Opposition gegen die Repression zu aktivieren oder auch nur zum politischen Bewusstsein zu bringen.

Die Apo war, mit allen Vorbehalten in bezug auf ihre Klassenbasis, eine Massenbewegung im internationalen Massstab und mit einer internationalen Strategie; Sie bedeutet einen Wendepunkt in der Entwicklung der Klassenkämpfe im Spätkapitalismus: nämlich die Proklamation des Kampfes für die «konkrete Utopie», für den Sozialismus als qualitativ verschiedene, alle traditionellen Ziele übersteigende und doch reale Möglichkeit. Die Bewegung schreckte nicht zurück vor der offenen wo die Zusammenfassung aller oppositionellen Kräfte geboten ist.

Gewiss, diese Personen repräsentieren das System; aber sie repräsentieren es nur. Das heisst, sie sind ersetzbar, auswechselbar, und das Reservoir für ihre Rekrutierung ist fast unerschöpflich.

Gerade weil die Linke diesen Terror verurteilt, hat sie es nicht nötig, in die bürgerliche Verformung der radikalen Opposition einzustimmen. Sie spricht ihr autonomes Urteil im Namen des Kampfes für den Sozialismus. In diesem Namen spricht sie ihr «Nein – das wollen wir nicht».

Die Erzeugung von Unsicherheit und Angst in der herrschenden Klasse ist kein revolutionärer Faktor angesichts des schreienden Missverhältnisses zwischen der im Staatsapparat konzentrierten Gewalt einerseits und der Schwäche der von den Massen isolierten terroristischen Gruppen andererseits.

Unter den in der Bundesrepublik herrschenden Bedingungen (die der präventiven Gegenrevolution) ist

Adolf Muschg

Hunger ist die Folge der Nahrungsproduktion in den Industriestaaten

## Das Vieh der Reichen frisst das Getreide der Armen

Während Millionen Menschen in den Entwicklungsländern unterernährt sind, führen die Industriestaaten aus ebendiesen Ländern Nahrungsmittel ein und füttern damit ihr Vieh. Der Hunger in den Ländern der dritten Welt ist nicht Schicksal, sondern das präzise Resultat der Abhängigkeit dieser Länder von der industriellen Tierhaltung in den Industriestaaten. So wird zwar in der dritten Welt immer mehr Getreide und Protein produziert, aber davon hat die Mehrheit ihrer Bevölkerung nichts. Anne-Marie Holenstein zeigt den Mechanismus dieser Abhängigkeit an zwei hervorragenden Beispielen Brasilien und Senegal auf: Hunger ist die Folge von Luxusproduktion.

Die Redaktion

«Ein Drittel unserer Kühe weidet im Ausland», sagte Bundesrat Brugger während der Juni-Session im Ständerat. Ebenso präzise Angaben für Käiber, Schweine und Hühner hat der Chef des Volkswirtschaftsdepartements leider nicht gemacht. Immerhin wissen wir, dass vier Fünftel der Kraftfuttermittel, die die Nutztiere in der Schweiz fressen, importiert werden. Der Anbau dieser Futtermittel, zu denen Futtermittel

Die Verfasserin dieses Artikels hat die Problematik im Buch «Zerstörung durch Überfluss, Überentwicklung – Unterentwicklung am Beispiel unserer Ernährung» (Z-Verlag, Basel) ausführlicher dargestellt.

wie Gerste, Mais, Weizen, Hafer, Roggen, aber auch Ölküchen und Ölsaaten aus Erdnuss, Soja und Kokos zählen, belegt im Ausland eine Fläche von 224 790 ha, wenn man von der Annahme ausgeht, dass die Flächenenerträge etwa den Erträgen im Inland entsprechen. Zum Vergleich: Die offene Ackerfläche in der Schweiz betrug 1975 262 000 ha.

Die Schweiz ist damit kein Sonderfall, denn mit der zunehmenden Intensivierung und Industrialisierung der Nutztierhaltung steigt vor allem in den Industrieländern mit ihrer kaufkräftigen Bevölkerung der Import von Futtermitteln.

Wenn unsere Nutztiere schon in immer grösserem Ausmass «anderem Haag dore frässed», wie eine trafe Ostschweizer Redewendung sagt, müssen wir auch nachsehen, was sie dort anrichten. Wir wählen als Beispiel Soja und Erdnüsse mit den Herkunftsändern Brasilien und Senegal.

Ein Schwein frisst, bis es schlachtfertig gemästet ist, etwa 25 kg Soja. 1 kg Soja entspricht hinsichtlich Eiweissgehalt 3 kg Rindfleisch oder 60 Eiern oder 10 l Milch. Es enthält überdies zahlreiche Vitamine. Ein Kraftfutter im wahren Sinne des Wortes! Soja ist aber nicht nur als Viehfutter verwertbar, sondern könnte als menschliches Nahrungsmittel zur Bekämpfung des Hungers beitragen.

### Das Beispiel Soja

Ausgerechnet in Brasilien aber, dem zweitgrössten Sojaproduzenten der Welt, hat die Ausweitung des Soja-Anbaus dazu geführt, dass sich die Ernährungssituation vieler Menschen verschlechtert hat. Das klingt paradox. Zwischen 1968 und 1974 wurde die Sojaproduktion von 750 000 auf 7 Millionen Tonnen gesteigert und hat sich somit fast verzehnfacht. Die Produktion war jedoch für den Export bestimmt, und die Preise wurden durch die Speku-

lation hochgetrieben; das Grundnahrungsmittel der Armen wurde buchstäblich vom Vieh der Reichen im Ausland weggefressen. Darum stiegen in den Jahren 1973 und 1974 der Konsumentenpreis für eine Büchse Soja-Öl um fast das Vierfache.

Der Soja-Boom hatte aber noch viel weiter reichende Folgen. Während die brasilianische Regierung die Sojaproduktion für den Export förderte und die moderne Agroindustrie in diesem gewinnträchtigen Sektor investierte, wurde der Anbau der Grundnahrungsmittel für den einheimischen Bedarf, nämlich Reis, schwarze Bohnen, Maniok und Mais, vernachlässigt. Das erklärt die widersprüchliche Situation, dass die Nahrung für den täglichen Bedarf ausgerechnet in diesem Land knapp wurde, das zwischen 1965 und 1972 ein jährliches Wachstum der Nahrungsproduktion von 4,4 Prozent ausweisen konnte. Pro Kopf der Bevölkerung stand also theoretisch immer mehr Nahrung zur Verfügung. Aber das Wachstum erfolgte im Exportsektor, während die Produktion von Reis, schwarzen Bohnen usw. stagnierte. Preissteigerungen waren die Folge. Die schwarzen Bohnen zum Beispiel, in Brasilien das Brot des kleinen Mannes, wurden zwischen Ende 1972 und August 1973 in wenigen Monaten um 275 Prozent teurer. Schliesslich musste die Regierung grosse Mengen Nahrungsmittel importieren – die Ärmsten blieben wegen der Teuerung trotzdem unterernährt.

Der Soja-Anbau hatte aber neben der direkten Verschlechterung der Ernährungssituation auch soziale Auswirkungen, die indirekt ebenfalls Unterernährung verursachen. Da sich der Anbau leicht mechanisieren lässt, wurden Landarbeiter durch Maschinen ersetzt. Arbeitslosigkeit aber bedeutet Hunger.

Kleinbetriebe, die Soja zu Öl und Viehfutter verarbeiten, wurden mehr und mehr durch rationalisierte Grossbetriebe verdrängt, deren Gewinne von ausländischen Konzernen abgeschöpft werden. Eine weitere schwerwiegende Folge des Soja-booms war die Bodenversauung, die viele Kleinbauern verdrängt und zum sattsam bekannten Problem der Landflucht beitrug, welche ihrerseits die Slums wachsen lässt.

### Das Beispiel Erdnüsse

Wenn Kühe «unter dem Hang hindurchfressen» fressen sie unter anderem auch Erdnussmehl. (Dass es aflatoxinverseucht und damit in höchstem Masse krebserregend sein kann, hat die Konsumenten in jüngster Zeit aufgeschreckt.) Das Erdnussmehl als Futtermittel ist aber nicht nur für die Schweizer proble-

matisch, deren Kühe nicht nur einheimisch auch für die Herkunftsländer. Besonders deutlich wird das am Beispiel des Erdnusslands Senegal. Die Bindung an die Monokultur Erdnuss hat das Land als koloniales Erbe übernommen. Dafür ist Senegal gezwungen, Grundnahrungsmittel zu importieren. An diesem Schema hat sich seit der politischen Befreiung wenig geändert. Noch 1975 stammten 40 Prozent der Exporteinnahmen von Erdnussprodukten, und 90 Prozent dieser Exporte gingen nach Frankreich. Französische Firmen beherrschen heute noch den Erdnusshandel. In ihrem Besitz befinden sich auch zum grössten Teil die Ölmühlen im Land selber.

Die staatliche Organisation ONCAD, die ursprünglich die Bauern vor Ausbeutung durch private Händler schützen sollte, schiebt sich als einziger Abnehmer und Zwischenhändler zwischen die Bauern und die Konzerne. Sie diktiert nicht nur den Preis der Erdnüsse, sondern hält die Erdnussbauern durch ein sogenanntes Genossenschaftssystem in Abhängigkeit. Sie liefert zum Beispiel auch das Saatgut und verlangt es bei der Ernte mit 25 Prozent Zins zurück.

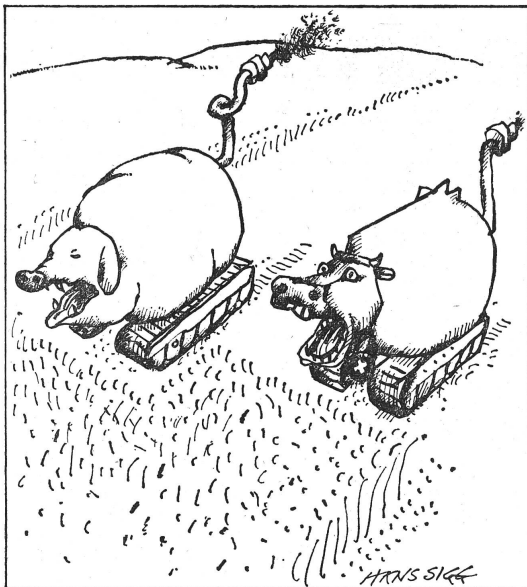
### Ursache der Unterernährung

Ver Verschuldung und Steuerpolitik zwingt die Bauern, weiterhin Erdnüsse zu produzieren, obwohl ihre realen Einkünfte von 1960 bis 1972 über 60 Prozent gesunken sind. Der Staat stützt zwar die Kleinbauern aus, doch hat auch er mit dem Erdnusshandel auf die falsche Karte gesetzt. Die Austauschverhältnisse verschlechtern sich nämlich dauernd. So sind die Importe aus Europa seit 1973 um 236 Prozent teurer geworden, der Export von Senegal hat aber wertmässig nur um 50 Prozent zugenommen. Gleichzeitig wachsen die Importe von Grundnahrungsmitteln wie Reis und Zucker nach Umfang und Preis. 1970 führte das Land Reis für 33,3 Millionen Franken ein, 1974 stiegen die Ausgaben auf 180 Millionen. Für Zucker betrugen die Ausgaben 1970 noch 25 Millionen Franken, 1974 waren es bereits 90 Millionen.

Die ärmeren Schichten können sich indessen die teuren importierten Grundnahrungsmittel je länger, je weniger leisten. Während die Bevölkerung um 2,2 Prozent jährlich wuchs, stieg die Nachfrage nach Lebensmitteln nur um 1,2 Prozent jährlich. Das heisst im Klartext, dass sich die Ernährungssituation in Senegal rasch verschlechtert.

Noch schlimmer: Die Erdnusskultur zerstört auch die Bodenqualität. Grössere Anbauflächen, Vergrößerung der Brachzeit, fehlender Anbauwechsel und Winderosion fügen den kargen Sahelböden Senegals irreparable Schäden zu, und bereits gehen in den wichtigsten Erdnussgebieten die Hektarerträge spurbar und wohl für immer zurück.

Die Beispiele Senegal und Brasilien verdeutlichen die wichtige Mechanismen, die Unterernährung mitverursachen. Georg Borgstrom, ein Weltbankexperte, schätzt, dass die westliche Welt jährlich eine Million Tonnen mehr Protein aus den Entwicklungsländern einführt, als sie dorthin in Form von Ge-



treide ausführt. Der grösste Teil dieses Proteins (neben Soja und Ölsaaten auch Fischmehl und Mais) wird als Viehfutter verwendet. So wird schätzungsweise ein Drittel der afrikanischen Erdnusserte vom Vieh in andern Kontinenten gefressen.

Es ist klar, dass die Schuld für diese verkehrte Ordnung, die an den Grundbedürfnissen der Armen vorbeifunktioniert, nicht einfach dem Durchschnittsschweizer zugeschoben werden kann, dessen Braten proportional mit dem Einkommen an Umfang zugenommen hat. (Während der Schweizer im Durchschnitt 1930 noch 40,8 kg Fleisch pro Jahr verzehrte, waren es 1976 78,8 kg.)

Der wachsende Bedarf an Futtermitteln und Kraftfutter hängt, wie bereits erwähnt, eng damit zusammen, dass in den letzten Jahrzehnten die Fleischproduktion auf der Basis von Futtermitteln und Kraftfutter von den grossen Getreidekonzernen mit allen Mitteln gefördert wurde. Die Firma Cargill zum Beispiel, einer der fünf amerikanischen Konzerne, die den Weltmarkt beherrschen, hat in einem Werbetext in aller Offenheit und Naivität beschrieben, wie mit dieser Strategie in Japan, Pakistan und Taiwan neue Fleisch- und Geflügelindustrien eingeführt und damit neue Nachfrage nach amerikanischem Getreide geschaffen wurde. Daneben den Anstrengungen der USA essen jetzt Menschen, die einst von einheimischer Kost lebten, in Form von Steaks, Hamburgern und Poulets nach amerikanischer Art. Ein wichtiges Instrument zur Erschliessung neuer Märkte war ausgerechnet die Nahrungsmittelhilfe, die einerseits neue Essgewohnheiten einführt, anderseits mit Futtermittelhilfe neue Produktionsfor-

men förderte. Die steigende Nachfrage nach Futtermitteln sowohl in den Industrieländern wie in den Entwicklungsländern hilft die Getreidevorräte niedrig- und die Preise hochhalten. Gleichzeitig verschärft sich weltweit die Abhängigkeit vom nordamerikanischen «Brotkorb».

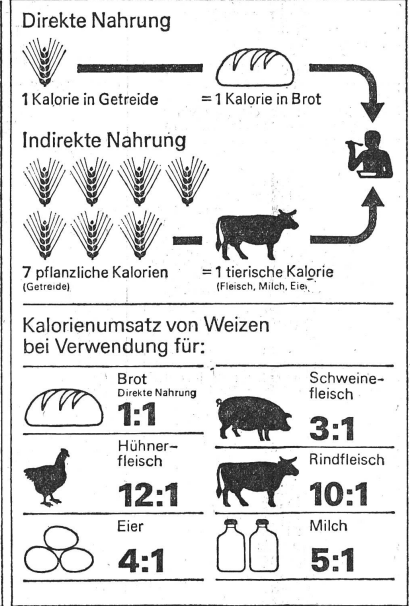
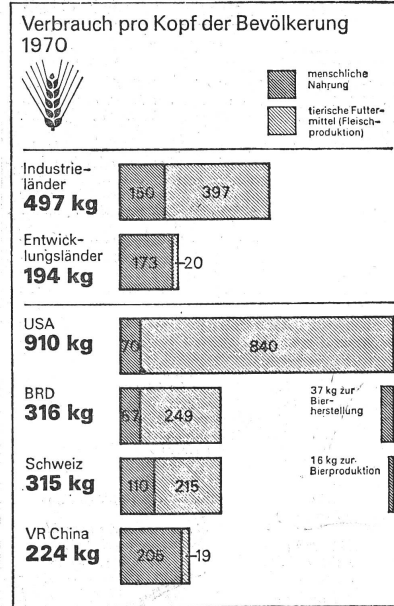
Während die Entwicklungsländer Agrarprodukte für den Export produzieren, wird ihr Nahrungsmitteldefizit, das sie durch Getreideimporte decken müssen, immer grösser. Die internationale Arbeitsteilung die sich zum Nachteil der Entwicklungsländer auswirkt und nicht zuletzt auch ihre politische Abhängigkeit verschärft, verstärkt sich.

Man lässt die Öffentlichkeit gern vergessen, dass die 120 Millionen Tonnen Getreide der Weltjahresproduktion eigentlich ausreichen würden, um die vier Milliarden Menschen mit 300 kg Getreide pro Kopf und Jahr ausreichend zu versorgen. Dazu kämen all die Ölsaaten, von denen man Ende der sechziger Jahre schätzte, dass sie die Menschheit mit ebensoviele Protein versorgen könnten wie alles tierische Protein, das auf der Welt produziert wird. Heute werden jedoch 35 Prozent der Weltjahresproduktion an Getreide als Viehfutter verwendet. In den Industrieländern beträgt der Anteil etwa zwei Drittel des gesamten Getreideverbrauchs.

Hunger wird global betrachtet, nicht durch mangelnde Produktion verursacht, sondern hat viel mehr mit der Frage zu tun, wer Produktion und Handel beherrscht und wer was konsumiert. Industrielle Tierhaltung auf Futtermitteln- und Kraftfutterbasis bedeutet Luxusproduktion für die Reichen mit den Nahrungsmitteln der Armen.

Anne-Marie Holenstein.

## Grosse Unterschiede im Getreide-Getreideverschwendung durch Verbrauch pro Kopf Fleischproduktion



Spots advertisement for a book by Alfred Andersch, 'Öffentlicher Brief an einen sowjetischen Schriftsteller, das Überholte betreffend', published by Diogenes Verlag.

Aus: R. M. Strahm, Überentwicklung – Unterentwicklung, 1975.

Es ist ein «Verbrechen», eine Soldatenzeitung zu schreiben. Und weil es ein

# echo

Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion «das konzept» Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Kurze Zuschriften freuen uns besonders.

## Aber der besondere Zustand muss geändert werden

zum «konzept»-Sonderdruck «Schwangerschaftsabbruch»

Ich sende Ihnen hiermit noch 1.50 Fr. für den Sonderdruck «Schwangerschaftsabbruch», ich hatte es bei der Bestellung vergessen.

Nun, ich werde trotz allem gegen die Fristenlösung stimmen. Aber ich bin mit Ihnen einig, dass der heutige Zustand geändert werden muss. Wenn die Initiative, falls sie abgelehnt wird, eine solche Veränderung bewirkt, dann hat sie für mich ein positives Ereignis gezeit.

Es muss etwas geschehen, aber nicht das, was in der Initiative gefordert wird. Darüber, dass ein 12 Wochen alter Embryo lebt, sind wir uns doch im klaren. Die Menschen haben doch nicht das Recht, über das Leben anderer zu entscheiden, schliesslich sind wir nicht die obersten Herrscher dieser Welt. Es ist ein typisches Zeichen unserer Zeit, alles, was uns nicht passt, wegzuerwerfen.

Ch. Keller

## Position nuanciert...

«Leistung ist wieder gefragt», edas konzept 9/77

Sehr geehrte Herren, es freut einen ja immer, wenn man in einem Artikel zitiert wird, und dann sollte man auch nicht reklamieren. Trotzdem gestatte ich mir einige Anmerkungen zu diesem Artikel.

Was im Vorspann wie ein Verweis auf die gute alte Zeit tönt, als «fortschrittliche Wirtschaftskreise» - z.B. über die GHF (Gesellschaft für Hochschule und Forschung) - einen grosszügigen Ausbau der Hochschulen« forderten, könnte leicht missverstanden werden. Die GHF - und auch die meisten «fortschrittlichen Wirtschaftskreise» - wendet sich nach wie vor entschieden gegen Zulassungsbeschränkungen. Allerdings hat sich unsere Position insoweit nuanciert, als wir die zusätzlichen Kapazitäten nicht nur über zweifellos auch nötige Ausbaumassnahmen (Lucens) beschaffen wollen, sondern davon überzeugt sind, dass bei besserer Ausnützung der gegenwärtigen Institu-

tionen noch einige Kapazitätsreserven aktiviert werden können. Unter besserer Ausnützung verstehen wir nicht nur technokratische Massnahmen, wie Laborplatzorganisation, Öffnung der Bibliothek über das Wochenende und am Abend, sondern v.a. auch Reformen der Studiengänge und -methoden (Durchforstung der Studiengänge nach Ballast, damit neue Inhalte überhaupt aufgenommen werden können, Zeit für Selbststudium, Tutorien usw.). Unter der Voraussetzung, dass solche Reformen durchgeführt werden, könnte sich auch die Dozentenschaft wohl eher zu einer Mehrbelastung durch die Lehre bereit erklären, denn diese würde z.B. in der Arbeit mit Tutoren dann anspruchsvoller und entsprechend interessanter.

Die Studie von Niklaus Blattner, die Sie besprechen, würde - wie Sie sicher wissen - an der gemeinsam von der Arbeitsgemeinschaft für akademische Berufs- und Studienberatung (AGAB) und der GHF organisierten Tagung über

## Laufend «unerwünschte» Ereignisse

Zum Unfall im Atomkraftwerk von Lucens

Der unlängst bekanntgegebene Zwischenbericht der Untersuchungskommission (UKL) vom Mai 1977 über den atomaren Unfall in Lucens ist alles andere als beruhigend. Es wird versucht, den Unfall als «Spezialfall» darzustellen, indem erklärt wird: «Dementsprechend kann heute mit Sicherheit festgestellt werden, dass ein Schaden ähnlicher Art bei den heute in Betrieb, im Bau oder in Projektierung befindlichen Kernkraftwerken ausgeschlossen ist.» Man kann nur hoffen, dass nicht die gleichen Fehler gemacht werden. Aber nun behaupten zu wollen, dass «Schäden anderer Art» nicht auftreten können, wäre sehr vermessen.

Es ist längst kein Geheimnis mehr, dass in den Atomkraftwerken (auch bei uns) laufend «unerwünschte» Ereignisse ein- und auftreten, die aber mit Hilfe der im Atomgesetz von 1959 für das Personal stipulierten Schweigepflicht der Bevölkerung verschwiegen werden.

Die Werbung der Atomwirtschaft vom Bürger weismachen, dass «nun auch in der Kernenergie zugehen müssen, dass der Betrieb von Kernkraftwerken sicher ist». Gerade das Gegenteil kann man feststellen. Prominente Atomenergiebefürworter, so Prof. Dr. H. Michaelis, streiten die Unfallmöglichkeit nicht ab: «Unfälle können nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden. Eine solche Sicherheit gibt es übrigens in keinem Bereich der Technik. Es kann daher nur darauf ankommen, soweit dies möglich und vertretbar ist, das Risiko herabzusetzen und zugleich Massnahmen zu treffen, die die

«Beschäftigungssituation für Hochschulabsolventen» vorgetragen, die sie ja auch ansprechen. Vereinigungen wie die unsren können dann durch die offene Diskussion bestimmter Themen eine gewisse Breitenwirkung erzielen, wenn ihre Bekanntheit gross ist. Wir sind auf die Journalisten angewiesen, die dasselbe Ziel haben, und möchten Sie deshalb bitten, die Organisatoren von Tagungen wie derjenigen in Dulliken in Zukunft in ihren Berichterstattungen zu nennen.

Wir möchten Ihnen mitteilen, dass in Kürze eine kritische Auseinandersetzung mit den Hypothesen der Studie Blattner folgen wird. Wir haben bei genauer Überprüfung des benützten Zahlenmaterials festgestellt, dass einige Grundannahmen fragwürdig sind, weshalb die darauf aufbauenden Folgerungen kaum der Realität entsprechen dürften.

Gesellschaft für Hochschule und Forschung  
Günther Latzel

Folgen eines Unfalles begrenzen.» (Aus seinem neuen Buch «Kernenergie».)

Die wirklichen Schlussfolgerungen aus dem genannten «Lucens»-Zwischenbericht lauten: 1. Schäden anderer Art sind in Atomkraftwerken jederzeit möglich. Der Satz im Bericht Seite 7: «... Fabrikationsfehler können nie mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden» bezeugt dies sehr deutlich und gilt nicht nur für die Spaltelemente. Der Bundesrat bestätigt, allerdings antwortlos, diese Auffassung. Auf die einfache Anfrage von Nationalrat Jaeger vom 4. 5. 1977 betreffend der Rechtmässigkeit der Bewilligungen der Atomkraftwerke Mühlebegg und Beznuai I heisst es unter anderem: «Beim Atomkraftwerk Beznuai I sind gewisse Störungen (Schäden an der ersten Charge Brennstoffelemente, Korrosionserscheinungen des Wärmeaustauschers) aufgetreten, die zu längeren Stilllegungen der Anlagen in den Jahren 1970-1972 geführt haben.»

## Unsere freie Planwirtschaft

Wir haben also dieses System der freien Planwirtschaft. Da gibt es welche, die planen frei: zum Beispiel die Mannheimer Brown, Boveri & Co. AG plant, dass in nächster Zukunft 110 Arbeitsplätze gefährdet seien. Und der Grund? Der Baustopp für Kernkraftwerke in der BRD. Es wurde aber nicht nur geplant, sondern auch gleich - frei - gehandelt: 290 Mitarbeiter wurden entlassen.

So funktioniert die Macht der wirtschaftlich Grossen: Wenn die Regierung nicht genau das tut, was die Unternehmen wollen, werden drastische Massnahmen ergriffen. Drastisch allerdings nur für die Arbeiter, für die Entlassenen, wie für jene, welche nun denselben Profit mit einer kleineren Belegschaft erwirtschaften müssen.

Doch zurück zur Planung: Würde die Firma BBC vom Baustopp für Atomkraftwerke getroffen wie vom Blitz aus heiterem Himmel? Hat die Geschäftsleitung noch nie davon gehört, dass es eine grosse Zahl von Bürgern in unseren

Ländern gibt, welche einen Stopp für Atomkraftwerke verlangen? Anscheinend nicht, jedenfalls hat das Unternehmen, welches hauptsächlich im Energie-sektor tätig ist, keine Ersatzbeschäftigung für seine Arbeiter in anderen Bereichen gesucht. Nein, aber geplant wurde trotzdem die Verlagerung, sondern die Entlassung.

Dein, wie wir aus vertrauenswürdiger Quelle erfahren haben, ist auch der Badener Hauptist im Begriff, auf diese Weise zu planen: in einem Ausbildungs-kurs für höhere Kader der BBC, welcher zurzeit stattfindet, werden nicht Ersatzarbeitsplätze geplant für den Fall, dass auch in der Schweiz ein Baustopp für Atomkraftwerke kommen sollte (man muss ihn allerdings unserer Regierung abpressen, von allein kommt er sicher nicht), vielmehr plant man jetzt schon, wie viele Arbeitslose man in diesem Macht- und Profitkampf in die Waagschale werfen werde!

R. Küng

2. Die Sicherheitseinrichtungen in Lucens arbeiteten nicht rechtzeitig. Sie konnten weder die Überhitzung noch das Austreten von Radioaktivität verhindern. Nur dem glücklichen Umstand, dass der Reaktor bis zum Unfalltag wochenlang stillgelegt und daher nur eine geringe Menge Radioaktivität produziert worden war, ist es zu verdanken, dass nichts Schlimmeres passierte.

3. Die bewährte Sicherheitsmassnahme, nämlich die unterirdische Anordnung, bewahrte die Bevölkerung vor Schaden. Trotz dieser eindeutigen Sachlage wurden von den Behörden Atomkraftwerke, die 100mal grösser als Lucens sind, oberirdisch und dazu noch in Ballungsgebieten bewilligt. Es wäre Pflicht der Behörden gewesen, bis zur Klärung des Unfalles in Lucens mit sämtlichen Bewilligungen zu warten. Die deutschen Behörden haben im Fall Grundremingen so gehandelt.

4. In Anbetracht der enormen Gefährdung und der Unsicherheit in bezug auf das Eintretensrisiko ist ein 4jähriger Bewilligungs- und Baustopp eine dringende Notwendigkeit.

Erich Varrone, Schwarzenburg

## Nach dem Nein zur Fristenlösung

# das konzept hilft weiter

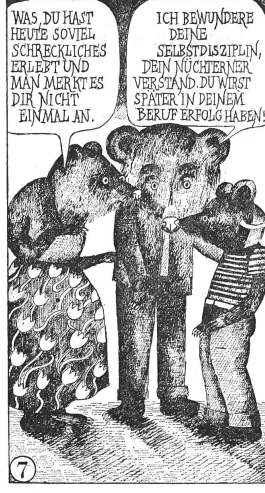
«das konzept» hat seinen Leserinnen und Lesern schon seit Jahren in der Frage der Verhütung und in schwereren Fällen geholfen. Wir geben eine immer wieder verbesserte Liste von Ärzten, welche die Abgabe der Pille liberal handhaben, auf Wunsch gratis ab. Wir haben auch ein Merkblatt für Sie bereit, welches Ihnen im Fall einer unerwünschten Schwangerschaft weiterhelfen soll: mit Adressen von Ärzten, denen Sie sich anvertrauen können, mit Adressen von Kliniken im Ausland, wo Sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen können. Sie erhalten die Liste auf Anfrage (mit frankiertem Antwortschlag). Geben Sie diesen Tip Ihren Bekannten weiter. Und noch etwas: Falls Sie aufgrund unseres Merkblattes Erfahrungen gemacht haben, teilen Sie uns diese mit.

Die Redaktion



Gemäss Aussagen des Ministers von Taiwan, Tschang Tsching-kuo, haben 1976 183 «antikommunistische Gruppen» mit bis zu mehreren tausend Mitgliedern einen beachtlichen Krieg gegen die Volksrepublik China geführt, genau solen es nach der gleichen Quelle 1886 Aktionen (Aufstand und Sabotage) gewesen sein.

Trotz Zunahme der Bundesausgaben für soziale Wohlfahrt im Budget 1977 bleibt der Posten Landesverleumdung mit 3,245 Milliarden Franken das teuerste Geschäft des Schweizer Haushaltes.



### Unser Buchtip Herbst 1977:

**Edgar Hilsenrath,  
Der Nazi und der Friseur**  
Roman, 424 Seiten  
31.70 Fr.

«Aussergewöhnlich brutal, kompromisslos und wirkungsvoll.» («Times Literary Supplement»)  
«Gewaltige Satire.» («Le Figaro»)  
«Schwarze Komödie.» («Sunday»)  
«Atemlos spannend bis zur letzten Seite.» («La Suisse»)

Am 22. August ausführlicher Bericht über den Autor Edgar Hilsenrath im «Spiegel.»

Weltauflage: ca. 1,2 Millionen.

**Peter Graf,  
Atomfront,  
eine Lektion in schweizerischer  
Machtpolitik**  
Dokumentation: E. Varrone  
76 Seiten, 7.50 Fr.

«Eine ausführliche Information über das schweizerische Atomgesetz von 1959 und dessen Folgen.»

«buch 2000», Versandbuchhandlung, Postfach 36,  
8910 Affoltern a. Albis  
Telefon: (01) 99 85 85

### TIPPARBEITEN

(Diss., Examensarbeiten usw.) erledige ich schnell und zuverlässig auf nagelneuer IBM-Kugelpkopf-Maschine. Ruft mal an:  
Eva Rühl (01) 55 63 56.

### Protest gegen die Neutronenbombe

Die Schweizerische Friedensbewegung hat an ihrer Landeskonferenz vom 30./31. 7. 1977 beschlossen, eine landesweite Kampagne gegen die Herstellung der menschenfeindlichen und für den Weltfrieden gefährlichen Neutronenbombe zu starten.

Sie unterbreitet der schweizerischen Öffentlichkeit folgenden Appell an Präsident Carter zur Unterschrift:

«Sehr geehrter Herr Präsident, wir Einwohner der Schweiz protestieren entschieden gegen ihre Absicht, Neutronenbomben bauen zu lassen. Wir fordern Sie auf, auf den Bau dieser Massenvernichtungswaffen zu verzichten und stattdessen konkrete Schritte zur Beendigung des Wettlaufes einzuleiten.»

Dieser Aufruf wurde von einer Reihe von Nationalräten sowie zahlreichen weiteren prominenten Politikern, Schriftstellern, Theologen, Juristen und Journalisten erst unterzeichnet.

Wer sich an der Unterschriftensammlung beteiligen will, kann Unterschriftenbogen bei der Schweizerischen Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, anfordern.

Wer diese Aktion finanziell unterstützen will, überweise seine Einzahlung auf Postcheckkonto 40-1627.

### arbeitsgemeinschaft WORKSHOP

• **Selbsterfahrung mit Gestalt-Arbeit in der Gruppe**  
25.-28. Nov. 77 in Linthal GL. Kosten: 180 Fr./120 Fr. für Nichtverdienende; 60 Fr. Kost und Logis

• **Intensiv-Woche in Transaktionaler Analyse**  
(Arbeit am eigenen Lebensplan)  
Weihnacht/Neujahr: 26.-31. Dez. 77 in Horgen ZH; Kosten: 360 Fr./240 Fr. für Nichtverd.; 120 Fr. Kost und Logis

Verlangen Sie Informationen über unser weiteres Programm:  
**WORKSHOP** c/o Hansruedi Hunter, lic. phil., Psychologe, Sihlhaldenstr. 40, 8135 Gattikon, (01) 720 92 26.



Semesterarbeiten  
Dissertationen  
Doktorarbeiten

alles drucken wir  
zu äusserst günstigen Preisen  
ab reprofertigen Vorlagen

Vorlagenherstellung mit IBM-Kugelpkopfschreibmaschine oder IBM-Composer

Preise auf Anfrage Lieferfristen: besonders schnell

rufen Sie an oder kommen Sie vorbei

**CopyQuick** Zweierstrasse 129, 8003 Zürich, Tel. 01/353 888 oder  
Schützengasse 4, Eingang Waisenhausstrasse, Tel. 01/211 66 36

### Endlich wieder lieferbar!

### Karl Marx Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie

(Rohentwurf) 1857-1858  
Anhang 1850-1859

Die vorliegende Ausgabe ist ein photomechanischer Nachdruck der Moskauer Ausgabe von 1939 und 1941 (Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau), jedoch wurden die am Schluss des Anhangsbandes aufgeführten Entzifferungs- und Druckfehler im Text des Werkes selbst berichtigt. Die beiden Teile der Moskauer Ausgabe wurden zu einem Band zusammengefasst; verzichtet wurde auf eine Wiedergabe der Bild- und Faksimilebeigaben.

1102 Seiten, in Leder, 12.90 Fr., Dietz-Verlag, Berlin (DDR)

Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb Zürich Cramerstrasse 2/Ecke Zweierstrasse, 8004 Zürich, Tel. (01) 242 86 11  
Basel: Buchhandlung Otto Waser, Rümelinplatz 15-17  
St. Gallen: Cosmos Reisen + Bücher, St.-Leonhard-Str. 49. Nur nachmittags geöffnet, Samstag den ganzen Tag

### Organikum

#### Organisch-chemisches Grundpraktikum

15., überarbeitete Auflage  
880 Seiten, Leinen, mit 123 Abbildungen und 154 Tafeln,  
51.50 Fr. Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin (DDR)

#### Vorwort zur 15. Auflage

Die vorliegende Auflage des «Organikums» wurde wiederum in einzelnen Teilen überarbeitet und ergänzt. An die überarbeiteten Abschnitte über Spektroskopie schliessen sich jetzt Hinweise zum methodischen Vorgehen bei der Strukturaufklärung mit Hilfe spektroskopischer Methoden an. Das Kapitel «Additionen» erhielt eine neue Gliederung; die Abschnitte «Cycloadditionen» und «Metallkomplekxkatalysierte Reaktionen» sind ergänzt bzw. neu aufgenommen. In das Kapitel «Identifizierung organischer Substanzen» wurde ein Ablaufplan eingefügt.

Selbstverständlich haben wir wiederum Vorschriften überprüft und präzisiert, den Text an vielen Stellen gestrafft und die Literaturaufklärung mit Hilfe spektroskopischer Methoden an. Die gute Resonanz, die das Buch im In- und Ausland gefunden hat, äusserte sich diesmal in vielen wertvollen Hinweisen von Fachkollegen, die weitgehend bei der Überarbeitung berücksichtigt wurden.

#### Zu beziehen: durch Ihre Buchhandlung!

Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb,  
8004 Zürich, Cramerstr. 2/Ecke Zweierstrasse,  
Tel. (01) 39 85 12 + 39 86 11.

Ihre DISSERTATION schreibt und druckt zu vernünftigen Preisen



Ruedi Gysin AG Haus del Reprografie  
Im esenen Zeit 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66  
Fiale 8050 Zurich-Quellikon:  
Hugostrasse 2 / Ecke Schwamendingerstrasse, Telefon 01/46 22 33

**Kontaktinse-**  
**rate in «das**  
**konzept» sind**  
**sehr**  
**preisgünstig**  
**und**  
**erreichen**  
**ca. 40 000**  
**kontaktfreudige**  
**junge Leser.**

DISSERTATIONEN	bei Expl.	DM pro Seite	Angebot anfordern
druckt exzellent	70	3.30	
von DIN A4-Vorlage	100	3.45	
auf DIN A5-Format	150	3.65	
<b>BÖNECKE</b>	200	3.85	
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.	300	4.25	
3392 Clausthal-Zellerfeld	Frachtabbilligung		
Fach 29 Ruf 05323/3525	Raster billigst!		

### COPY-CORNER

#### FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Seilergraben 41, 8001 Zürich  
Tel. 01/32 49 34, PC 80-27780

FOTOKOPIEN AUF NORMALPAPIER  
(xerographisches Verfahren)

mit LEGI 20 Rappen/Stck.  
15 Rappen/Stck.

Schnelldruck (ab einer Vorlage)	1seitig	2seitig
30 Ex.	4.50	9.—
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.—	28.—
300 Ex.	21.—	38.—
350 Ex.	23.—	42.—
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.—	52.—
1000 Ex.	40.—	73.—

ÖFFNUNGSZEITEN MO-FR 08.30-18.30 lbico-Spiralbindung  
SA 10.00-13.00 pro Buch 2.50-4.50

### Genossenschaft Polybuchhandlung

Wir sind umgezogen!!

Polybuchhandlung ETH-Zentrum MM B 97.1  
8092 Zürich, Tel. 47 17 27 oder 32 62 11 int. 4299

- Bestellungen können in der Polybuchhandlung, im SAB/Zentrum oder SAB/Hönggerberg abgegeben werden.
- Lieferdienst für deutsche Titel: 3 Tage bis 1 Woche, für englische Titel: 2 bis 5 Wochen
- Abholen kann man einzeln bestellte Bücher in der Polybuchhandlung. Wir gewähren jedem Studenten an wissenschaftlichen Büchern 10% Rabatt.
- Mengenrabatt: Auf Sammelbestellungen geben wir folgenden Mengenrabatt: ab 10 Ex. 5%, ab 20 Ex. 10%, ab 50 Ex. 15%.

Wir können jedes Buch bestellen

## Gesucht!

## kritische, mutige engagierte Schreiberlinge!

Möchtest Du Dich am redaktionellen Teil der Jugendzeitung «EineZwängzi» mit profilierten Artikeln, Kommentaren oder Glossen beteiligen? Dein Anruf würde uns freuen: Tel. 28 32 00.

## Man muss die Ansichten der PdA nicht teilen – aber man muss sie kennen

Die sozialistische Wochenzeitung «VORWÄRTS» beschreibt, analysiert und kommentiert

- schweizerische und internationale Politik
- Arbeitskonflikte und ihre Hintergründe
- Geschichte der Arbeiterbewegung
- Entwicklung in den sozialistischen Ländern
- nationale Befreiungsbewegungen
- marxistische Theorie
- Theater, Film und Literatur

Ich abonniere den «VORWÄRTS» bis Ende 1977 zum Preis von 10 Fr.

Name \_\_\_\_\_

Strasse, Nr. \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Einsenden an: Administration «VORWÄRTS», Postfach 2232, 4001 Basel

# VORWÄRTS

### ist die linksprelle am ende?

fragte eine grosse «überparteiliche» bürgerliche zeitung, wie lebendig wir sind, schnuppern sie mal in der täglichen alternative.

ihr «parteilicher»  
**FREIER AARGAUER/  
VOLKSRECHT**



### COUPON

Ich bestelle ein Schnupperabonnemnt zu Fr. 10.— für 3 Monate.

- Ausgabe VOLKSRECHT (Kt. Zürich)  
 Ausgabe FREIER AARGAUER (Kt. Aargau)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Benf: \_\_\_\_\_

Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden an: Administration Freier Aargauer/Volksrecht Postfach, 8026 Zürich

Bundesrat Graber deckt französische Skandaljustiz

## Kein Wort von Folterungen

Der Vorsteher  
des  
Eidg. Politischen Departementes  
3003 Bern, den 25. August 1977

Ich versichere Sie, sehr geehrte Herren,  
meiner vorzüglichen Hochachtung.

Graber

Sehr geehrte Herren,  
Ich habe Ihren Brief vom 9. August 1977,  
in welchem Sie das Politische Departement  
auffordern, für die Freilassung unse-  
rer Mitbürgers Rudolf Krähenbühl zu in-  
tervenieren, erhalten.



(dmb) Zusammen mit mehreren Mani-  
festanten wurden am 6. August in der fran-  
zösischen Stadt Bourgoin bei Lyon auch  
zwei Schweizer stellvertretend für viele  
tausend Atomkraftgegner, die am  
letzten Juliwochenende in Malville gegen  
den schnellen Brüter «Super-Phenix» de-  
monstrierten, in einem Schnellverfahren  
abgeurteilt. Der Genfer Rudolf Krähen-  
bühl wurde zu drei Monaten Gefängnis –  
davon zwei bedingt – verurteilt. Das DM  
forderte Ausseminister Pierre Graber  
am 9. August in einem Brief auf, bei den  
französischen Behörden alles für die  
Freilassung Krähenbühls zu unterneh-  
men. Graber unternahm nichts; erst als  
Krähenbühl am 24. August in einem  
zweiten Verfahren, nachdem er einen  
Monat im Gefängnis gesessen hatte, frei-  
gesprochen und aus Frankreich ausge-  
wiesen wurde, bequimte sich Graber zu  
einer Antwort an das Demokratische  
Manifest.

Unser Generalkonsulat in Lyon hat be-  
stätigt, dass Herr R. Krähenbühl am  
6. August von einem Gericht in Bourgoin  
zu drei Monaten Gefängnis, wovon zwei  
Monate bedingt, verurteilt wurde. Ein  
zweiter angeklagter Schweizer wurde frei-  
gesprochen. Am 12. August hat R. Krä-  
henbühl gegen das Urteil Verfahren einge-  
legt. Damit wurde das Verfahren an ein  
Appellationsgericht in Grenoble weiterge-  
leitet, das unseren Landmann am  
24. August freisprach, gleichzeitig aber  
seine Ausweisung aus Frankreich be-  
schloss. Seit heute früh befindet er sich  
wieder in der Schweiz.

Seit seiner Verhaftung lag der Fall in  
der Kompetenz der französischen Justiz-  
behörden, was eine Intervention unse-  
rerseits ausschloss. Wir hätten damit gegen  
das Prinzip der Gewaltentrennung ver-  
stossen, aufgrund dessen auch wir jede  
ausländische Intervention in Angelegen-  
heiten, die von schweizerischen Gerich-  
ten hängig sind, zurückweisen.

Im übrigen hat sich unser Generalkon-  
sulat in Lyon in beiden Fällen im Rahmen  
des üblichen konsularischen Schutzes um  
unsere Landsleute bemüht. R. Krähenbühl  
wurde von einem Konsularbeamten be-  
sichtigt, der sich gewissern konnte, dass  
es ihm den Umständen entsprechend gut-  
ging und dass ihm ein Verteidiger zur Ver-  
fügung stand.

Von Ihrer Beurteilung des Gesetzes,  
nach dem unser Landmann verurteilt  
wurde, habe ich Kenntnis genommen. Ich  
möchte mich darauf beschränken, zu be-  
merken, dass dieses Gesetz vom französi-  
schen Parlament verabschiedet und damit  
integraler Bestandteil der Rechtsordnung  
unseres Nachbarlandes wurde.

In seiner Antwort unterlässt es Graber  
aber, auf die politische Seite der französi-  
schen Verurteilung einzugehen, er bleibt  
im Formaljuristischen hängen. Daran  
dem sogenannten «Krawallparagrafen»  
können aufgrund von Kollektivhaftung  
Teilnehmer einer Kundgebung willkür-  
lich herausgegriffen und in einem  
Schnellverfahren abgeurteilt werden – ein  
Prozedere, das die Schweiz nicht kennt.  
Graber in seiner Antwort: «Von Ihrer  
Beurteilung des Gesetzes nach dem un-  
ser Landmann verurteilt wurde, habe  
ich Kenntnis genommen. Ich möchte  
mich darauf beschränken, zu bemerken,  
dass dieses Gesetz vom französischen  
Parlament verabschiedet und damit  
integraler Bestandteil der Rechtsordnung  
unseres Nachbarlandes wurde.»

## Les plus belles prisons

Fortsetzung von Seite 3

### Bettzeug – Kleider – Wäsche

Die Leintücher, zwei Stück, und ein  
Kopfkissen werden abgegeben; man  
wechselt sie alle 15 Tage. Drei Wolldeck-  
en stehen zur Verfügung (staubige  
Militärwolldecken). Es gibt keine Spie-  
zelkategorie, es gibt keine spezielle  
Kleidung.

Die Wäsche kann in einem grossen  
Eimer oder in der Wäscheleiste ge-  
waschen werden. Bewegliche Wäschestän-  
der stehen zur Verfügung. Es ist auch  
sehr einfach, das Wechseln der sauberen/  
schmutzigen Kleider am freien  
Samstag, alle 15 Tage, vorzunehmen.

### Spaziergang

Er findet von Montag bis Freitag  
statt, für die Gefangenen auf der ge-  
schlossenen Abteilung, nur in der ersten  
Woche mit Einschränkungen. Er dauert  
20 bis 30 Minuten. Man muss den Auf-  
seher manchmal daran erinnern.

### Urlaub

Dieser findet jeden zweiten Samstag  
statt, von 14 bis 17 Uhr. Das Abenden-  
essen wird nicht ausgegeben. Andererseits  
wird der erste Urlaub erst 15 Tage nach  
Eintritt bewilligt.

### Post

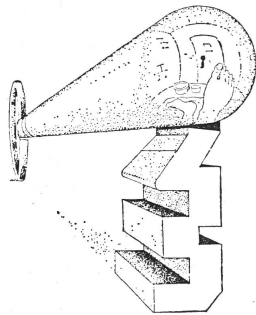
Der Briefverkehr wird nicht einge-  
schränkt, weder in der einen noch in der  
anderen Richtung. Dagegen werden die  
Briefe im wesentlichen vom Präfekten  
gelesen, gleichfalls in der einen wie der  
anderen Richtung, das heisst die abge-  
sandten wie die erhaltenen. Wird ein  
Brief als ungesund beurteilt (Kritiken,  
unfreundliche Bemerkungen), so wird  
er dem Gefangenen zurückgegeben,  
falls er der Absender ist, oder er wird  
ihm beim Verlassen der Anstalt über-  
reicht, falls er von aussen kommt. Es  
gibt kein spezielles Anstaltspapier; man  
muss sich also mit Briefpapier, Um-  
schlägen und Marken eindecken.

Es gibt auch keine Einschränkung die  
Pakete betreffend; diese werden aber  
auch geöffnet. Sie gehen jedoch nicht  
über die Präfektur, was zur Folge hat,

dass wir die Briefe in den Paketen erst  
einen oder zwei Tage später erhalten.  
Zeitungsabonnemente sind erlaubt.  
Keine verbotenen Zeitungen.

### Mahlzeiten

Mittag- und Abendessen werden ge-  
meinsam eingenommen (erstes  
Ausgenommen). Am Morgen wird  
auf welchen alle Türen der Zellen füh-  
ren. Einkäufe für zusätzliche Nahrungs-  
mittel, um das Allgemeine zu ergänzen  
(Käse, Salami, Joghurt, Konfitüre usw.),  
sind möglich. Die Einrichtung einer Ge-  
meinschaftskasse, in die wöchentlich  
einbezahlt wird, ermöglicht sich eine  
Nahrung zu verschaffen, die im Kollektiv  
besprochen wird und den Bedürfnis-  
sen entspricht. Es wird auch sehr em-  
pfohlen, bei der Ankunft im Gefängnis



Zeichnung: Edgar Mathhey

einen gewissen Vorrat an Lebensmitteln  
mitzubringen, der das Klima der ersten  
Woche sehr begünstigt. Das Fehlen der  
Freiheit regt sehr zum Essen an (u. a.  
Salami, Trockenkrücker, Kuchen, Konfi-  
türe, Sirup). Das Frühstück besteht nur  
aus Brot und Milchkaffee.

Es ist erlaubt, sich eine andere Nah-  
rung als die des Gefängnisses zu besor-  
gen, natürlich auf eigene Kosten.  
Es ist gestattet, das Mittagessen im  
Spital einzunehmen; an Festtagen wie  
Fastenmontag, Karfreitag, Ostermontag,  
Weihnachten, 1. und 2. Januar. Freun-  
de es ist erlaubt, die Mahlzeiten ge-  
meinsam mit den Gefangenen einzuneh-  
men. Aber es ist nicht erlaubt, das Areal  
des Spitals zu verlassen.

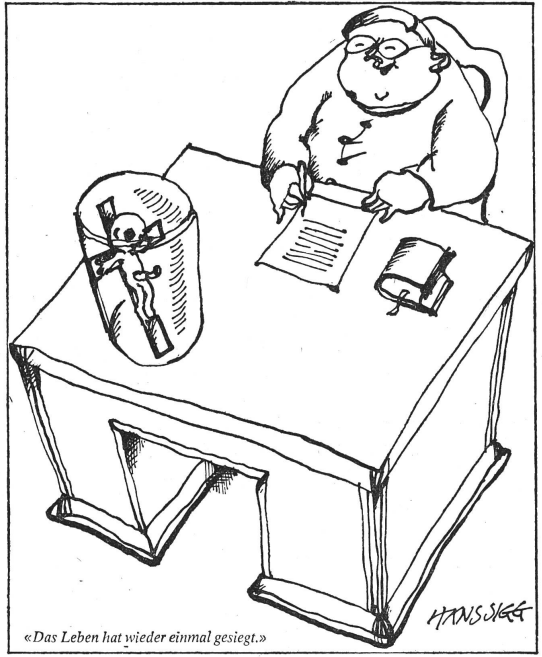
### Fristenlösung gescheitert

## Was nun?

Was geschieht nun, wo die Fristen-  
lösung abgelehnt wurde? Es tritt die  
sog. Indikationslösung mit erweiterter  
sozialer Indikation in Kraft. Viele  
Leute glauben, die sei «auch recht»,  
ein guter Ersatz und merken nicht,  
dass dieses Gesetz eine Verschärfung  
der heutigen Situation bringt, einen  
Rückschritt bedeutet.

Der Schwangerschaftsabbruch wird nicht  
nur in den liberalen Kantonen, sondern  
auch in jenen Kantonen die bisher keinen  
Abbruch ausser im Fall der unmittelbaren  
Lebensgefahr für die schwangere Frau ge-  
stattet haben, erschwert. Es soll nämlich die  
Kontrolle über die Gutachter verschärft  
werden, indem diese von jedem Gutachten  
eine Kopie (ohne den Namen der Schwange-  
ren) an die zuständige Behörde abliefern  
müssen (Art. 4). Ein Gutachter, der in den  
Augen der Behörden zu liberal ist und zu  
viele Gutachten erstellt, kann von diesen  
«fahrlässiger» Bescheinigung, es sei ein  
Abbruch zu bewilligen, mit Gefängnis oder  
Busse bestraft werden (Art. 9). Er wird  
also bei der Erstellung von Gutachten  
noch viel zurückhaltender sein.

In jenen Kantonen, in welchen bis jetzt  
eine liberale Auslegung des Gesetzes prak-  
tiziert wurde, wird nach dem neuen Gesetz  
der Weg der unerwünschten schwangernen  
Frau noch demütigender und noch entwür-  
digender, denn nun wird sie nicht nur zu  
zwei, sondern sogar zu drei Personen, näm-



«Das Leben hat wieder einmal gesiegt.»

lich ausser zum Arzt und Psychiater noch  
zu einem Sozialarbeiter gehen müssen. Die-  
ses Gutachten wird für die Schwangere  
zwar unentgeltlich sein, jedoch eine  
kostspielige Aufblähung des Verwaltungs-  
apparates zur Folge haben. Zudem wird  
dadurch der Eingriff durch eine weitere  
Woche verzögert. In den konservativen  
Kantonen kann so das Verfahren durch die  
drei Gutachter so lange hinausgeschoben  
werden, bis es auch für eine Reise in einen  
anderen Kanton oder ins Ausland zu spät ist.

Die Frau muss also in Zukunft Angst  
haben, von drei Amtspersonen abgewiesen  
zu werden, sie wird abhängig von drei Gut-  
achtern bei einem Entscheid, dessen Folgen  
sie allein (evtl. zusammen mit andern un-  
mittelbar Betroffenen) zu tragen haben  
wird. Es geht ja nicht nur um das Austragen  
des Kindes während neun Monaten,  
sondern um die 15 bis 20 und mehr Jahre,  
die es braucht, um ein Kind aufzuziehen,  
zu pflegen, ihm ein geborgenes Zuhause und  
eine Ausbildung zu geben.

Wir bieten Ihnen sofort eine gut bezahlte Stelle an.

## Temporär-Arbeit

Können Sie Maschine schreiben?  
Haben Sie Buchhaltungskenntnisse?  
Für Einsätze von einer oder  
mehreren Wochen

Besuchen Sie uns  
MILITÄRSTR. 36 - ZÜRICH - TEL. 242 59 50



### Bibliothek

Bücher können aus der Gefängnisbi-  
bliothek ausgeliehen werden. Sie verfügt  
über Bücher vom heiligen Antonius bis  
zu den Alpenblumen. Es ist auch mög-  
lich, Bücher aus der Spitalbibliothek  
auszuleihen.

### Coiffeur – Arzt

Ein Arzt und ein Zahnarzt sind vom  
Gefängnis offiziell bestimmt. Im Krank-  
heitsfall muss man im Prinzip sie be-  
nachrichtigen. Viele Gefangene lassen  
sich jedoch im Spital pflegen. Es scheint  
aber, dass in diesem Fall die Gefängnis-  
versicherung nicht funktioniert.  
Es ist möglich, als «Ausnahmefall»  
zum Coiffeur zu gehen, nach vorheriger  
Anfrage beim Chef-Aufseher, der dem  
Bittsteller erlaubt, später ins Gefängnis  
zurückzukehren.

### Verbotenes Material

- alle elektrischen Geräte, ausgenom-  
men der Rasierapparat
- alle Geräte, die Lärm erzeugen, sei  
es ein Radio oder ein Musikinstru-  
ment
- Fotoapparat
- Es sind erlaubt: alle Bücher, Kerzen,  
Farbschachteln

### Taschengeld

Man muss, je nachdem, was man ein-  
kauft, mit den zusätzlichen Lebensmit-  
teln, Zigaretten und Tabak mit 50 bis  
100 Fr. rechnen.

### Lohn

Der Lohn, den man beim Austritt er-  
hält, beträgt 3 Fr. pro Arbeitstag im  
Spital.

### Berufsmässige Studien während des Strafvollzugs

Eine Gefangene hatten ausnahms-  
weise das Recht, ein Studium fortzuset-  
zen, bei dem ein Aussetzen einen Schaden  
in ihrem Beruf bedeutet hätte.  
Auch konnten einige Berufsmusiker  
aufgrund von Belegen (Photokopie von  
Zeugnissen usw.) zweimal pro Woche 3/4  
Stunden auf das Konservatorium gehen.

### Die Zensur

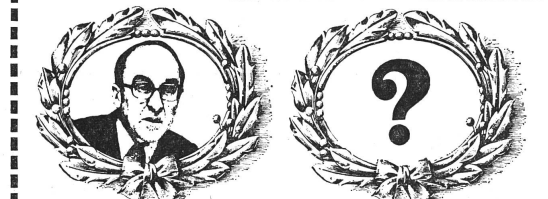
Der Briefverkehr, ob ankommend  
oder abgehend, unterliegt einer doppel-  
ten Zensur. Zur «normalen» Zensur des  
Präfekten oder seiner Funktionäre  
kommt noch jene der Wärter. So wird

## das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesens-  
werte Publikationen ausserhalb der kommer-  
ziellen Produktion vor.

### Kettenkarussell

Ein Theaterstück aus dem Knast  
Wir stellen in diesem Buch ein Theater-  
stück vor. Es handelt vom Strafvollzug,  
wie er jahrelang täglich erlebt wird. Es  
handelt auch davon, warum es Gefängnis-  
nisse gibt. Wir – das sind Strafgefängene  
und Leute von «draussen» – haben die-  
ses Stück im Knast geschrieben, weil wir  
von diesem Strafvollzug betroffen sind  
oder uns betroffen fühlen und weil wir  
gemeinsam über ihn nachdenken. Zu-  
sammenhänge begreifen und darüber  
berichten wollen. Die beteiligten Gefan-  
genen haben ihr Stück im Gefängnis  
nicht aufführen dürfen. Es wurde von  
der Gefängnisleitung verboten.  
Wir haben dem Theaterstück einige  
Aufsätze beigefügt, um die Umstände,  
unter denen das Werk entstanden ist,  
verständlich zu machen. Wir möchten,  
dass mit diesem Buch gearbeitet wird.  
Man kann das Stück spielen, ein Hör-  
spiel daraus machen, einen Film ... Es  
kann aber auch bloss ein Beispiel sein,  
wie man eigene Problematik und erfah-  
rene Widersprüche begreifen, ausdrük-  
ken und vermitteln kann.  
Zu beziehen bei: Atlantis, Postfach 45,  
3138 Utendorf, 9.60 Fr.



## Er hat uns nicht abonniert Und Sie?

«das Konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren  
30% Rabatt (Ausweis kopie belegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.  
Ich bestelle ein Abonnement «das Konzept» (Zutreffendes ankreuzen):  
 November 77 bis Dezember 78 (14 Monate) für 18 Fr. (Ausland 22 Fr.)  
 zum Schülerpreis von 12 Fr. (Ausweis kopie belegen).  
 Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_  
Adresse: \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort: \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_

Talon einstecken an: «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich  
Ich kann in Besitz dieser Nummer von «das Konzept» über einen Bekannten\* als Probenummer\* am  
Kiosk\* auf ein Inserat in nächstehend genannter Zeitung hin\*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde  
verteilt an folgendem Ort\* (\* Zutreffendes unterstreichen):  
Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): \_\_\_\_\_ dk 77/10





Tourismus in die Entwicklungsländer: Weg aus der Sackgasse

## «Die Ärmsten sind auch die Fröhlichsten»

Die Kritik am Tourismus in die dritte Welt häuft sich, ja sie ist schon bald Mode. Das ändert aber nichts am Umstand, dass diese Kritik nötig ist, denn der Tourismus verstärkt die ökonomische und kulturelle Unterentwicklung der Entwicklungsländer. Der folgende Artikel fasst die verschiedenen Punkte der Kritik am Tourismus zusammen und lässt auch die Problematik des Alternativtourismus nicht aus. Er versucht aber auch, Lösungswege aufzuzeigen.

Obwohl der Tourismus eine enorme Chance zur Völkerverständigung bieten könnte, wird das Gegenteil erreicht. Afrikaner oder Asiaten werden zu exotischen Objekten, die man bestaunt wie die Tiere im Reservat. Dazu kommt, dass sie entweder wie zu Kolonialzeiten als primitiv verachtet oder – heute ebenso häufig – als sexuell attraktiv, natürlich und fröhlich-romantisch verkürt werden. So heisst es in einem Kuoni-Prospekt 1977 über Brasilien: «Natürlich gibt es enorme soziale Un-



terschiede. Aber die Ärmsten sind auch die Fröhlichsten... Lassen Sie sich anstecken von dieser sorglosen Fröhlichkeit.» Welch ein Hohn, wenn man die «sorglosen» Hungernden Nordbrasilien vor Augen hat!

Übrigens haben auch die Leute der Entwicklungsländer Vorurteile gegenüber uns: Weil sie die Weissen nie als Arbeiter, sondern immer nur als Touristen sehen, meinen viele, Europa sei ein Schlaraffenland. Die Touristen hätten daher die Aufgabe, auch diese Vorurteile abzubauen zu helfen, um die gefährliche Idealisierung der Industrieländer durch die dritte Welt zu vermindern.

Das Auftreten der Touristen hat einen Demonstrationseffekt zur Folge; das heisst, die Einheimischen wollen die Touristen in der Kleidung und dem Verhalten nachahmen, was dazu führt, dass viele über ihre finanziellen und sozialen Möglichkeiten leben und daran scheitern. Diesen Effekt erzielen übrigens nicht nur die Luxus-, sondern auch die Trampertouristen. Die Prostitution und die Geschlechtskrankheiten werden in vielen Teilen der dritten Welt durch den Tourismus gefördert oder sind erst durch ihn eingeführt.

Das Auftreten der Touristen hat einen Demonstrationseffekt zur Folge; das heisst, die Einheimischen wollen die Touristen in der Kleidung und dem Verhalten nachahmen, was dazu führt, dass viele über ihre finanziellen und sozialen Möglichkeiten leben und daran scheitern. Diesen Effekt erzielen übrigens nicht nur die Luxus-, sondern auch die Trampertouristen. Die Prostitution und die Geschlechtskrankheiten werden in vielen Teilen der dritten Welt durch den Tourismus gefördert oder sind erst durch ihn eingeführt.

### Politische Verhältnisse zementiert

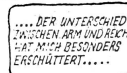
Der Tourismus zementiert die politischen Verhältnisse eines Landes. Weil politische Umwälzungen den sofortigen Rückgang des Tourismus zur Folge haben, kann sich ein vom Tourismus abhängiges Land solche Umwälzungen nicht leisten. Dieser Zusammenhang bestätigt sich in einem Kuoni-Prospekt von 1976, wo es heisst: «Die Republik Zaire... und Ruanda sind heute politisch so stark gefestigt... Dadurch wird diese Entdeckungsreise ermöglicht.»

Auf den Seychelleninseln im Indischen Ozean wurde im Juni 1977 die Regierung gestürzt und durch eine sozialistische ausgerichtete ersetzt. Die Folge: «Die den Massentourismus kontrollierenden ausländischen Gesellschaf-

**Wir haben den Studentischen Reisendienst SSR um eine Stellungnahme zu diesem Fragenkomplex angefragt: in der nächsten Nummer wird deshalb ein Beitrag zu diesem Thema aus der Sicht – und auch aus Erfahrung – eines «alternativen» Reiseunternehmens folgen. Dabei werden insbesondere auch die konkreten Erfahrungen von Reiseleitern zur Sprache kommen.**

ten werden jedoch jede schnelle Veränderung aufzuhalten versuchen, und die Regierung wird nur vereinzelt ihr Programm durchsetzen können» (Blätter des IAW, Aug. 1977, S. 9). Und in Portugal nach der Revolution waren die Mittelklasshotels nur zu 30 bis 50 Prozent und die Luxushotels nur zu 20 Prozent ausgelastet (Frühling '76). Trotz diesen Fakten kann H. Ingold von der «Airtour Suisse» sagen – und er spricht dabei für viele –: «Die Politik der Reiseveranstalter ist, sich nicht in die Politik der Gastländer einzumischen» (BaZ, 13. 8. 1977). Das ist schlicht naiv.

Die Bruttodeviseneinnahmen eines Tourismuslandes sind oft beträchtlich. Die Nettodeviseneinnahmen sind aber sehr viel geringer (je nach Berechnungsart und Entwicklungsstand des Landes werden Zahlen zwischen 20 und 45 Prozent der Bruttodeviseneinnahmen angegeben). Dies ist bedingt durch Importe für Touristen und für durch den Demonstrationseffekt beeinflusste Einheimische, durch Löhne für ausländische Hotelfachleute, durch speziell für den Tourismus erstellte Infrastruktur usw. Die Importe spielen dabei eine sehr unterschiedliche Rolle, je nach Entwicklungsstand des Landes. In Tunesien und Kenya werden etwa 20 Prozent des Hotelbedarfs eingeführt, in Westafrika 60 Prozent.



Die Tourismusindustrie ist – entgegen anderen Behauptungen – nicht arbeitsintensiv als die verarbeitende Industrie, und damit kann sie das Arbeitslosenproblem ebensowenig mindern wie diese. Die Kapitalintensität der Touristik ist erstaunlich hoch, was viele Entwicklungsländer stark belastet.

Innerhalb der betreffenden Länder werden durch den Tourismus meist nur gewisse Zentren gefördert, während weite Teile des Landes nur die negativen Auswirkungen – zum Beispiel die durch den Tourismus bewirkten Preiserhöhungen – zu spüren bekommen. Bei diesen Kritiken habe ich bewusst die sozialen und politischen vor den ökonomischen erwähnt, da wir den Tourismus soeben erst zu starten von der ökonomischen Seite her beurteilen und die sozio-



politischen Seiten vernachlässigen, obwohl diese langfristig mindestens ebenso folgenreich sind.

### Negative Folgen auch für uns

Der Tourismus in die Entwicklungsländer hat aber nicht nur für diese Länder, sondern auch für unsere eigene Entwicklung negative Seiten: Die Propaganda für Fernreisen gaukelt uns vor, dass wir das Paradies, die unberührte Natur und die nichttechnisierte Welt, nach der sich so viele sehnen, in einem fernen Land finden können. Ihr Motto ist also: Fliehen statt standhalten. Demgegenüber kann das Motto für eine Veränderung der Welt auf humanere Zustände hin nur heissen: Standhalten, nicht fliehen! Unkritischer Ferntourismus kann für uns also ebenso schädlich sein wie Fucht in die Drogen, ja er ist selber oft eine Droge.

Mit der zunehmenden Kritik am Massentourismus, von der hier nur einige Punkte herausgegriffen wurden, wächst auch die Suche nach Alternativen. So entsteht der zunehmend gefragte Alternativtourismus. Er sucht in stärkerem Mass als der Massentourismus die Begegnung mit der Bevölkerung in ihrem eigenen Lebensraum. Er berücksichtigt für Transport, Unterkunft und Verpflegung nach Möglichkeit die landeseigenen Angebote, um die Importe zu vermindern und damit die Entwicklung des Landes zu fördern. Der Alternativtourist informiert sich vor der Reise intensiver über das Land und seine Probleme.

Eine ganze Reihe von Organisationen bietet nun solche Reisen an. Dazu ist folgendes zu sagen: Solche Angebote können einige Probleme wie die Vorurteile, die Importabhängigkeit, die Konzentration des Tourismus in wenigen Zentren usw. vermindern und sind insoweit sehr zu unterstützen. Elemente davon könnten und sollten auch in den Massentourismus aufgenommen werden. Andererseits ist zu sagen, dass viele der oben erwähnten Probleme auch mit dem Alternativtourismus nicht gelöst werden: Auch er ist angewiesen auf die «facilities», die Strukturen des Massentourismus (Flüge, Hotels). Auch er verbessert den Beschäftigungsgrad kaum, und der Demonstrationseffekt vergrössert sich zum Teil sogar, da Alternativtouristen auch mit Bevölkerungsteilen in Berührung kommen, die vom Massentouristen nicht erreicht werden. Umgekehrt kann der Demonstrationseffekt durch intensive Kontakte aber relativiert werden. Die Gefahr ist auch, dass beim Alternativtourismus nur die Mittel- und Oberschichten der Industrieländer mit den Mittel- und Oberschichten der Entwicklungsländer in Kontakt kommen (wie zum Beispiel gewissen Studentenaustauschorganisationen), da oft nur sie die nötigen Kommunikationsvoraussetzungen (Sprachkenntnisse) besitzen.

**Bilanz negativ: Konsequenzen?**  
Die Bilanz ist also im ganzen gesehen negativ. Damit sollen nicht allfällige positive Einzelbegegnungen oder vereinzelte ökonomische Vorteile des Tourismus für die dritte Welt bestritten werden, aber die Gesamtwirkung muss als überwiegend negativ bezeichnet werden. Auch der Hinweis auf die positiven, dem-

...NEBEN DEN JÄMMERLICHEN SLUMS ENTSTEHEN REISEHE HOTELKASTEN...  
...DACH DER SANDSTRAND IST HIER AM SCHÖNSTEN!



visenbringenden Wirkungen des Tourismus in der Schweiz kann dies nicht abschwächen, da wir hier zum Beispiel relativ wenig für den Tourismus importieren und das nötige Kapital nicht vom Ausland aufnehmen müssen. Zudem sind die sozialen und kulturellen Wirkungen in der Schweiz oft auch negativ.

Was sind die Konsequenzen? Vor allem zwei Ansätze stehen sich gegenüber: Die einen fordern die Verstärkung des Tourismus in die dritte Welt, die anderen dessen Verminderung (im Extremfall bis zum Verbot). Damit konkretisiert sich am Tourismus die Diskussion um die zwei Möglichkeiten, das Verhältnis Entwicklungsländer-Industrieländer zu lösen, nämlich

1. durch Integration der dritten Welt in die Weltwirtschaft oder  
2. durch Abkoppelung der dritten Welt von den Industrieländern (Vgl. D. Senghaas im «Konzept», 6/77).  
Integration heisst, dass die Entwicklungsländer sich in den Weltmarkt einzugliedern versuchen, indem sie zunehmend in die Industrieländer exportieren. Diese unterstützen diesen Ansatz, indem sie ihre Märkte vermehrt für die Produkte der Entwicklungsländer öffnen. Da Tourismus ja ein Exportprodukt ist, das sich von andern Exportprodukten nur dadurch unterscheidet, dass es im Herstellungsland konsumiert wird (die Touristen konsumieren die Angebote des Tourismus im Entwicklungsland selbst), müsste nach diesem Ansatz der Tourismus also verstärkt werden.

Die Abkoppelungstheorie (auch Dissoziation genannt), die vor allem von D. Senghaas vertreten wird, besagt, dass durch Integration die Abhängigkeit der dritten Welt von den Industrieländern nur verstärkt werde; die Ökonomen der Entwicklungsländer seien nämlich verkrüppelt (fehlende Verflechtung von Landwirtschaft und Industrie, unvollständige Wirtschaftskreisläufe, zuwenig Produktion von eigenen Produktionsmitteln usw.). Erst wenn diese Verkrüppelung beseitigt sei, seien die Entwicklungsländer gleichwertige Partner, und erst dann sei eine allfällige Integration sinnvoll.

Um eine Gesundung der Wirtschaft der dritten Welt zu erreichen, müssen sich diese vom Weltmarkt abkoppeln, bis sie eine gewisse eigenständige Entwicklung erreicht haben. Abkoppelung heisst dabei nicht autarke Entwicklung, sondern schliesst durchaus Handel mit andern Ländern ein, aber eben mit solchen mit ungefähr ähnlichem Entwicklungsniveau. Nach diesem Ansatz för-

dert der Tourismus also die Verkrüppelung der Wirtschaft eines Entwicklungslandes: Er erfordert hohe Technologie (Flugzeuge, Luxushotels, Fernmeldesysteme), die lokalen Ressourcen werden oft nur wenig benützt, er verhindert oft die Produktion von Massenkonsumgütern und fördert die Luxusgüter, er ist oft nicht integriert in die übrige Entwicklung eines Landes, und der Dienstleistungssektor wird übermässig gefördert. Von der Abkoppelungstheorie her müsste daher gefolgert werden, dass der Tourismus zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern vermindert oder gar gestoppt, dafür der Binnentourismus in den Entwicklungsländern selber und der Tourismus zwischen den Entwicklungsländern gefördert werden müsste.

### Konkrete Massnahmen

Von den oben skizzierten negativen Wirkungen des Tourismus her scheint

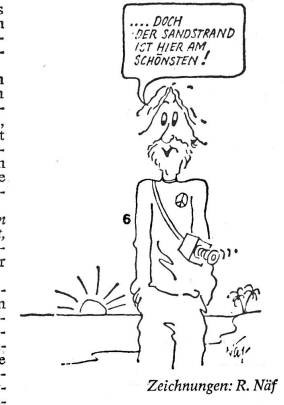
1. Förderung des Binnentourismus in einem Entwicklungsland (wie es zum Beispiel Algerien tut) und des Tourismus zwischen den Entwicklungsländern, das heisst zwischen Ländergruppen mit vergleichbaren sozialen Strukturen, ähnlichen Entwicklungszielen und ähnlichem wirtschaftlichem Niveau. Damit könnte auch die Solidarität unter den Entwicklungsländern gefördert werden.  
2. Verminderung des Tourismus von den Industrieländern in die dritte Welt, solange er unter den heutigen Bedingungen, das heisst Abhängigkeit der dritten Welt, geschieht.

3. Da der Ferntourismus nicht grundsätzlich, sondern nur in der heutigen Form abzulehnen ist, sind intensive vorbereitete und gezielt durchgeführte Begegnungen und Reisen durchaus zu unterstützen. Solcher Austausch könnte auch zwischen zwei Städten, zwei Schulen, zwei Universitäten oder zwei Parteien stattfinden, müsste aber auf Gegenseitigkeit beruhen, das heisst, die Partner aus der dritten Welt müssten auch zu uns reisen können. Solche Versuche wurden in Deutschland schon mit Erfolg durchgeführt.  
4. Der Bund sollte im Rahmen seiner Entwicklungspolitik Bemühungen zur Vertiefung der Punkte zwei und drei entsprechende Besteuierungen bzw. Unterstützungen (zum Beispiel für entwicklungspolitisch verantwortbare Reiseleiterausbildung) vorsehen.  
5. Die Entwicklungsländer könnten sich zu eigenen grösseren Reiseagenturen zusammenschliessen, um so eine stärkere Verhandlungsbasis gegenüber den westlichen Reiseemittlern zu haben.  
6. Die Reisebüros können die entwicklungspolitische Kritik am Massentourismus, die auch von Gremien wie der Uno, dem Dienst für technische Zusammenarbeit des Bundes und dem Bundesministerium für technische Zusammenarbeit in der BRD weitgehend unterstützt wird, nicht länger ignorieren! In der Reiseleiterausbildung, der vermehrten Benützung lokaler Ressourcen der Gastländer, der Information der Touristen u. a. müssen Verbesserungen gesucht werden. Der Alternativtourismus könnte dabei in verschiedenen Punkten auch für die «Grossen» wegweisend sein.  
7. Die Reiseveranstalter müssen bereit sein, einen gewissen Verhaltenskodex zu akzeptieren, wie er auch für Multis anderer Branchen gefordert wird und zum Beispiel von der EWG für in Südafrika tätige Firmen kürzlich verabschiedet wurde.

8. Die Reiseveranstalter dürfen sich nicht hinter dem Mythos, der Kunde sei König und sie würden nur die Bedürfnisse der Kunden erfüllen, verstecken. Nicht der Kunde, sondern der Gastgeber im Gastland ist König, und die Reiseveranstalter haben die Pflicht, dessen Wünsche und Bedingungen dem Kunden mitzuteilen, auch wenn sie diesen einschränken.  
9. Viele Reiseveranstalter und Reisende meinen, Soziales und Menschliches seien ebenso «machbar» wie Wirtschaftliches und Technisches. Aber Glück, Verstehen fremder Kulturen und menschliche Kontakte sind in vierzehn Tagen Ferien nicht machbar wie die Planung des Fluges oder der Unterkunft. Viele meinen auch, als Touristen könnten sie sich wie Könige über alle kulturellen sozialen und politischen Grenzen hinwegsetzen. Aber erst wo wir diese Grenzen des Gastlandes respektieren, erschliesst es sich uns in seiner Eigenart. So ist neben den strukturellen Veränderungen also auch eine neue Haltung des Touristen nötig. Diese ist aber nur möglich, wo wir unsere eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse ändern, denn wo ein Mensch im Alltag, zum Beispiel bei der Arbeit, unterdrückt wird, er in den Ferien Herrscher und König sein. So wird der oft unmenschliche Tourismus zum Abbild unserer oft unmenschlichen Gesellschaft. Erst wo ein human-kommunikativer Alltag erlebt wird, wird auch die Freizeitgestaltung und damit der Tourismus human-kommunikativ.

Christoph Stückelberger, cand. theol., Assistent am Inst. für Sozialethik der Uni Zürich, ehemaliges Mitglied der Kommission für Entwicklungsfragen der Studentenschaft Zürich

Zeichnungen: R. Näf



### Unser Briefkasten für Ahnungslose

## Lieber Onkel Adolar!

Was soll denn die Aufregung, lieber Herr G. F. in U., wegen der bis 100 Kilo Blei, die sich jährlich pro Kilometer um die Autobahnen herum davon ablagern? Österreicherische Wissenschaftler konnten dies nachweisen und raten davon ab, die Umgebung stark befahrener Strassen landwirtschaftlich zu nutzen. Wieso denn? Rechnen Sie mal, wieviel Tonnen Erde, Wasser und Fels um so eine Autobahn nutzlos herumliegen. Was sind schon die paar Kilo Blei dagegen? Und wenn Sie davon Übergewicht bekommen sollten, so würde ich Ihnen ganz einfach zu einer Abmagerungskur raten!

Sie bezeichnen es als Skandal, lieber Herr B. L.-I. in C.-K., wenn im Kanton Zürich 50 Millionen keine Rappen Einkommen versteuern. Das ist es aber nicht. Dieser Sachverhalt bestätigt bloss, dass es auch den Millionen nicht immer gutgeht! Oder – was auch möglich ist – dass bei uns eben auch arme Leute Millionäre werden können!

Abonnement 10 Nummern / Jahr Fr. 14.-  
Probennummern gratis

**SOZIALE MEDIZIN**  
Magazin der Schweizerischen Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen SGSSG

- Krankenpflege - kranke Pflege?
- Behindert - verhindert
- Quartierpolitik
- Altern in Bologna
- Medizin in China und CUBA
- Pillenschlucken - Geldverdienen
- Argumente für die Fristenlösung
- stellenlose Assistenten

Bestellungen SOZIALE MEDIZIN Magazin der SGSSG Postfach 2105 4000 Basel 1

Tendenzwende in der Bildungspolitik

«Vorwärts, Kameraden, wir müssen zurück»

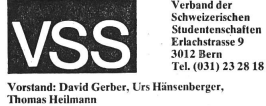
Durch eine Rezension in der «Neuen Zürcher Zeitung», verfasst vom in den einschlägigen Kreisen nicht unbekanntem Uni-Berichterstatler dieses Blattes, C. W., wurde ich auf das nicht ganz 90 Seiten dicke Büchlein «Wider die kranke Reform: Ordnungspolitik für Bildungswesen und Arbeitsmarkt» aufmerksam...

gemäss seinen Ausführungen kein Problem der Universitätspolitik, sondern ein Problem der Arbeitsmarktpolitik. (S. 17), denn man könne eine «Entakademisierung» sowohl in der Staatsverwaltung als auch in der Wirtschaft feststellen.

Rigorer Sozialabbau

diese ideologischen Versatzstücke lassen in der Tat aufhorchen. Es sind die gleichen, die aus dem reaktionären Winkel heraus heute für ein rigores System des Sozialabbaus vorgebracht werden.

Die von Hegelheimer gewünschte «Koppelung» des Ausbildungssystems an das Beschäftigungssystem entpuppt sich als Koppelung der Ausbildungschancen an die kapitalistischen Krisenpolitik.



Vorstand: David Gerber, Urs Hänsenberger, Thomas Heilmann

löst werden können oder dass die Erhöhung der Arbeitsproduktivität eine Funktion der Produktivkraft Wissenschaft ist, um so mehr, wenn hier Fortschritte nicht zu Lasten einer intensivierte Ausbeutung der Arbeitskraft erzielt werden sollten...

Bildung mit Krisenpolitik gekoppelt

So gesehen ist es nun reiner Zynismus, wenn Hegelheimer gegen das Postulat der Chancengleichheit von Leder zieht. Er nimmt, was auch hierzulande gerade bei den reaktionären Kreisen immer mehr in Mode kommt, die weniger Qualifizierten gegen die höher Qualifizierten in Schutz. Er überreicht an Akademikern verdrängte Nicht-Hochschulabsolventen aus beruflichen Stellungen, die sie früher hätten einnehmen können.



Studentengewerkschaften in Frankreich

René Maurice, L'UNEF ou le pari étudiant, éditions sociales, Paris 1977

(th) In der Form eines Interviews mit dem ehemaligen Präsidenten der UNEF (Union National des Etudiants de France) legen die «éditions sociales» eine Analyse des französischen Studentenverbandes vor.

der französischen Hochschul- und Studentenpolitik. Es sei hier deshalb nur darauf hingewiesen, dass die in Frankreich zu konstatierenden Entwicklungstendenzen, das Verhältnis zwischen kapitalistischer Wirtschaft und Universität, die Auswirkungen der sogenannten Sparpolitik der Regierung, das all dies - mutatis mutandis - auch seine Bedeutung für die Schweiz hat.

Was aber das Buch für uns besonders interessant macht, sind die Ausführungen zum «syndicalisme étudiant», also zur Frage der Studentengewerkschaft. Frankreich kennt nicht wie die Schweiz die Zwangskörperschaften für die Studenten.

jenige mit den «einfachen Berufleuten». Die sind ja so beliebt, weil sie weniger verdienen. Würden hingegen die Facharbeiterlöhne auf das Niveau der Akademikerlöhne gehoben, und zwar zu Lasten der Unternehmer, so würden solche Klagen rasch verstummen.

In der Schweiz macht sich heute der FDP-Nationalrat und Gewerbeboss Otto Fischer für die Berufsausbildung stark. Er droht mit einem Referendum gegen das beliebte nicht fortschrittliche Eschbacher Berufsausbildungs- und Forschungsgesetz (HFG), wenn die Gewerkschaften die Frechheit haben sollten, das Referendum gegen das neue Berufsbildungsgesetz zu ergreifen.

Referendumsandrohung

Selbstverständlich verteidigt Hegelheimer und Konsorten nicht nur die Lehrlinge, sondern sie schlagen sich auch für die Arbeitslosen in die Schanze. Ihre Logik ist fressfressend: Durch einen grösseren Anteil an Akademikern an der Gesamtzahl der Berufstätigen steigen die gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten, da die Akademiker durchschnittlich doppelt soviel verdienen wie die andern.

Unternehmen sollen das Sagen haben

Nachdem Hegelheimer den grossen Schaden, den eine emanzipatorische Bildungspolitik herbeiführen hat, drastisch vor Augen geführt hat, ruft er zu «Umdenken» auf. Denn «der Glaube an die Automatismen der Bildungsexpansion von Gymnasien und Hochschulen für Chancengleichheit und Emanzipation hat sich nicht nur als Illusion erwiesen.

Im Klartext: Die Unternehmer sagen, welche Qualifikationsstruktur für sie kurzfristig nötig ist. Diese wird im Bildungssystem produziert. Längerfristig aber müssen die Arbeitskräfte flexibel sein.

Die Misere der höheren Bildung

Staatsgefährliches Potential von Gebildeten



Die Namen ändern, die Ideen bleiben dieselben A. Gilgen, Bismarck, H. Hürimann

Ein Hauptübel unseres höheren Schulwesens liegt in der überzahl gelehrter Schulen und in der künstlichen Verteilung zum Besuch derselben, welche unsere Einrichtungen über, so dass wir gelehrte junge Männer weit über den Bedarf und über die Möglichkeit ihrer entsprechenden Unterbringung hinaus züchten.

gehend. Auch hier besteht die Neigung, den Lehrstoff auszudehnen, und die Anforderungen über das dem gesetzlich obligatorischen Elementarunterricht gesteckte Ziel fortschreitend immer weiter hinaufzuschrauben. Die Folge hiervor ist, dass die Schüler, anstatt durch die Schule für das praktische Leben brauchbar gemacht zu werden, den Aufgaben desselben und den Verhältnissen, in welchen sie und ihre Eltern leben, entfremdet werden.

Unsere höheren Schulen werden von zu vielen jungen Leuten besucht, welche weder durch Begabung noch durch die Vergangenheit ihrer Eltern auf einen gelehrten Beruf hingewiesen werden...

Die Folge ist die Überfüllung aller gelehrten Fächer und die Züchtung eines staatsgefährlichen Proletariats Gebildeter. An diese schliesst sich die Halbbildung an, welche Ergebnis der zu hohen Anforderungen an die Volksschulen ist.

Um dem vorzubeugen, würde es sich in erster Linie empfehlen, die Zahl der gelehrten Schulen und deren Lehrstellen zu beschränken, soweit es gesetzlich zulässig ist.

Die Erhöhung des Schulgeldes auf den Gymnasien und der Studien-gelder auf den Universitäten würde ich für nützlich halten, und erlaube mir in dieser Beziehung auf das Beispiel Englands alleruntertänigst hinzuweisen, wo der Besuch der höheren Schulen - wie Eton und Harrow, sowie der Universitäten nicht unbedeutliche Mittel voraussetzt.

Das Streben, den Unterricht mehr auf das Wissen als auf das Können zu richten, macht sich schon bei der Volksschule in nachteiliger Weise

Wer das wohl geschrieben haben mag? Bildungsminister Hürimann? Der Zürcher Erziehungsdirektor A. Gilgen? Oder der Solothurner Erziehungsdirektor Wyser? Oder die «fortschrittliche» Organisation GHF, Gesellschaft für Hochschule und Forschung?

Es ist aber ebenso die Huldigung der modernen Industriearbeit: Was diese braucht, sind willige Arbeiter ohne Ambitionen. Leute, die schaffen, nicht bloss gaffen. Der Staat hat dafür zu sorgen, will er sich nicht mit der Industrie überwerfen, und das will er nicht.

Reichskanzler Bismarck an Seine Majestät, den Kaiser und König Wilhelm II.

budget des Staates, welches als konstant angenommen wird. Die scheinbar rein ökonomische Analyse ist höchst politisch. Sie geht von präzisen Vorstellungen aus, worüber auf demokratische Weise nicht entschieden werden darf.

Nur, wenn überrascht es eigentlich, dass Kapitalinteressen den emanzipatorischen Interessen entgegenstehen? Hätte dieser Gedanke denjenigen, die allein via Bildungssystem die Emanzipation des Menschen vorantreiben wollen, nicht schon längst kommen müssen? Würde es vielleicht nicht ergiebiger gewesen, die fortschrittliche Bildungspolitik in den Rahmen einer gegen das kapitalistische System gerichteten Gesamtstrategie einzubetten?

Die Entwicklung im schweizerischen Hochschulwesen

# Katz und Maus mit der Uni Luzern

1727 Studierende der schweizerischen Hochschulen stammten im Wintersemester 1976/77 aus dem Kanton Luzern. Zählt man die übrigen Zentralschweizer Kantone noch dazu, so sind es 3000 (exkl. ETH-Studenten). Die Kosten für ihre Ausbildung wurden bisher weitgehend von den Hochschulkantonen getragen. Seit

15 Jahren bemüht sich der Kanton Luzern, eine entsprechende Gegenleistung in Form einer eigenen Universität zu vollbringen. Wie das Zentralschweizer Universitätsprojekt aussieht, wie es getragen und finanziert werden soll, schildert der nachstehende Beitrag.

Die Redaktion

Bevor näher auf die konkreten einzelnen Aspekte und Randbedingungen der projektierten Zentralschweizer Universität Luzern eingegangen wird, scheint es sinnvoll, einen Blick auf die Entwicklung des schweizerischen Hochschulwesens zu werfen. Einige Zahlen, die illustrierenden Charakter haben und nur eine Tendenz andeuten, und einige Jahresdaten relativer vielleicht die Vorstellung über eigenössische und kantonale bildungspolitische Einrichtungen. (Es wird jedoch nicht auf die Hintergründe eingegangen.)

Die Anzahl der Studierenden an den schweizerischen Hochschulen stieg von rund 21 000 (WS 60/61) auf rund 50 000 (WS 75/76). Erst 1973 aber erschien erstmals eine eigenössische Studentenzahl mit brauchbaren Zahlen, wobei man wiederum erst seit jenem Jahr daran ist, diese Statistik in ein vollständiges Hochschulinformationssystem zu integrieren. Die Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK), ihrem Wesen nach ein Organ mit koordinierender Funktion, besteht seit 1969, der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR), das Beratungsorgan des Bundesrates, seit 1964. Der Bund leistete 1967 rund 100 Mio. Franken an die Hochschulen (ohne Forschung), 1975 waren es 500 Mio. 1969 trat das Hochschulförderungsgesetz (HFG) in Kraft. Heute, im Herbst 1977, berät das Bundesparlament über ein zweites Hochschulförderungsgesetz, das mehr Leistungen verspricht, gegen das aber möglicherweise das Referendum ergriffen werden wird. 1975 wurde vom Schweizer Volk der Bildungsartikel verworfen, der dem Bund mehr gesetzliche Grundlagen verschafft hätte, um auf dem Hochschulsektor mitzubestimmen.

In diese regen Zeiten fielen nun auch die Vorschläge von Hochschuleingründungen, so nebst Luzern noch im Aargau (im September 1977 empfahlen die SHK und der SWR den Aargauern, ihr Projekt auf Eis zu legen), im Tessin, in Solothurn und in St. Gallen (Medizinische Akademie).

Das Luzerner Projekt steht nach 15jähriger (!) Planungszeit von allen Neugründungen der Realisierung am nächsten (vgl. Kästchen «Entstehungsgeschichte»). Im Oktober 1977 findet die erste Lesung im Parlament statt. Nach einer zweiten Lesung könnte dann die Volksabstimmung im nächsten Spätsommer stattfinden.

## Das Universitätskonzept

Wie die bestehenden Hochschulen hat die Zentralschweizer Universität Luzern drei Hauptaufgaben, nämlich Studenten auszubilden, Forschung zu betreiben und spezielle Dienstleistungen für Staat, Wirtschaft und Öffentlichkeit zu vollbringen.

Sie tut das für die folgenden Wissenssachsbereiche: Philosophie/Sprache/Literatur/Geschichte, Psychologie/Pädagogik, Mathematik/Naturwissenschaften, Rechts-, Wirtschafts- und Staatswissenschaften, Theologie.

Der wissenschaftliche Betrieb vollzieht sich in drei Organisationseinheiten:

- Fachbereiche
  - Fakultäten
  - Zentren
- Die Fakultäten entsprechen den fünf obengenannten Wissenschaftsbereichen. Die Fachbereiche sind zu vergleichen mit Instituten und Seminaren an den



bestehenden Hochschulen. Ihre Funktion ist die grundlegende Vermittlung des Fachwissens.

## Zentren

Hier begegnet man einer wenig bis gar nicht verbreiteten Organisationsform an den schweizerischen Hochschulen. Dazu ein Auszug aus der Botschaft zum Berufsbild des Akademikers: «Der wachsende Einsatz von Akademikern in Führungs-, Forschungs-, Produktions- und Verwaltungsbereichen von Wirtschaft und Staat hat dazu geführt, dass der klassische Typ des selbstständig arbeitenden freien Wissenschaftlers immer seltener, der wissenschaftliche Mitarbeiter immer häufiger wird. Wir meinen damit den universitär geschulten Angestellten, der wissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden zur Lösung praktischer Aufgaben anwendet. ... Es ist unablässig mit neuen Informationen und Erkenntnissen – auch aus andern Sachbereichen – aus-einandersetzt und im Rahmen des konjunkturellen oder strukturellen Wandels vielseitiger einsetzbar ist. ... Zunehmendes Gewicht erhält die Zusammenarbeit der einzelnen Fachwissenschaften untereinander, da immer mehr Fragestellungen in der Forschung, im besonderen aber auch die Vorbereitung für die Berufstätigkeit, den Rahmen einer einzelnen Disziplin sprengen. Die Zentralschweizer Hochschule hat dieser Entwicklung bei der Festlegung ihrer Organisation und bei der Auswahl ihrer Ausbildungs- und Forschungsziele Rechnung zu tragen.»

Folgende Schwerpunkte (Zentren) wird sich die Luzerner Hochschule im besonderen annehmen und darin spezielle Dienstleistungen erbringen: öffentliche Aufgaben, Lehrerbildung, naturwissenschaftliche Berufe (Ökologie/Umweltwissenschaften), seelsorgerische Berufe. Diese schwerpunktmässigen Ausbildungs- und Forschungsthemen sind zeitlich nicht festgelegt und können auch je nach aktuellen Bedürfnissen ergänzt werden. Hier muss unterstrichen werden, dass die Zentralschweizer Universität auch gesamtschweizerisch einen qualitativ wichtigen Beitrag liefert, zum Beispiel in der Lehrerbildung, wo es nicht darum geht, noch viel mehr Lehrer auszubilden, sondern eine bessere Ausbildung für Lehrer der Orientierungsstufe, Mittelschulen, Lehrerseminaren, Berufsberatungsschulen und Fachschulen in enger Zusammenarbeit mit den bestehenden regionalen Institutionen der Lehrerbildung, und der Lehrerfortbildung zu gewährleisten.

Zwei weitere Merkmale des Universitätskonzepts bilden die Förderung der wissenschaftlichen Fortbildung Berufstätiger und die Beteiligung an der Erwachsenenbildung. Hier tritt ein Aspekt auf, der ebenfalls im schweizerischen Hochschulwesen nur ganz ansatzweise realisiert (Genf) bzw. geplant ist, zum Beispiel in der Lehrerbildung, wo es quantitative Probleme des Hochschulwesens (Mangel an Studienplätzen, fehlende finanzielle Mittel) als Forderung der Bildungsreform nicht umgesetzt zu werden. Es handelt sich um die Öffnung der Hochschule («Offene Universität»), die mitunter ein Beitrag und Anfang ist, mehr Durchlässigkeit ins Bildungswesen, insbesondere des tertiären Sektors, zu bringen. Da Luzern eine Neugründung ist, müssten solche Innovationen verwirklicht werden. Der Universitätsrat wird diesbezüglich eine ganz gewichtige Rolle haben. Es versteht sich, dass daher auch dessen personelle Zusammensetzung von grosser Wichtigkeit ist (Berufungsprobleme usw.).

## Die Kosten der Universität

Investitionsausgaben  
Bereitstellung von Provisorien (für 1979–81) 6–7 Mio. Fr.  
Neubauten (für 1981–85) 140 Mio. Fr.  
Reserven für Unvorhergesehenes, Aufbau der Bibliothek usw. 10–13 Mio. Fr.  
Total (Preisstand April 1977) 156–160 Mio. Fr.

## Entstehungsgeschichte

- 1962 Motion Willi (Anstoss zu den Luzerner Hochschulplänen)
- 1969 Bericht der Hochschulplanung Luzern
- Dekret des Grossen Rates, die Vorarbeiten der Hochschulgründung fortzusetzen
- 1972 Anerkennung als betriebsrechtlich Hochschule durch den Bund
- 1974 Erste Hochschulvorlage («Projekt 73»). In erster Lesung vom Kantonsparlament gutgeheissen
- 1975 Rückzug der Vorlage (wegen wachsender Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung und die Ungewissheit über die künftigen Bundesleistungen im Hochschulwesen)
- 1977 Juni: Zweite Hochschulvorlage  
Oktober: 1. Lesung im Kantonsparlament  
Voranschlag Januar/Februar: 2. Lesung
- 1978 Spätsommer: Volksabstimmung
- 1980 Stufenweiser Beginn des Studienbetriebs mit rund 250 Studierenden
- 1985 Aufbauphase abgeschlossen (2500 Studierende)

Nichthochschulkantone sollen zur Kasse gebeten werden

## Der Hochschulfonds der Kantone

Der Kanton Luzern und die Zentralschweiz müssen damit rechnen, in absehbarer Zeit zur Kasse gebeten zu werden. Gesetzlich ist es zwar kaum möglich, dass Nichthochschulkantone verpflichtet werden können, solche Beiträge zu leisten; die Gefahr der Diskriminierung jedoch, die wie ein Damoklesschwert über den Studenten aus Nichthochschulkantonen lastet, berechtigt zur Annahme, dass man auf freiwilliger Basis eine Regelung finden muss. Hiefür setzt sich die Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK) seit langem ein. Kürzlich hat diese Koordinationsstelle für das schweizerische Hochschulwesen ein Modell der Öffentlichkeit unterbreitet, welches die Festsetzung der Beiträge ermöglichen würde. Das Modell sieht einen «Hochschulfonds der Kantone» (HFK) vor, der von sämtlichen Kantonen finanziert werden sollte, unabhängig davon, ob Hochschulkanton oder nicht.

Nach dem Modell liessen sich die hypothetischen Beiträge errechnen, welche vom Kanton Luzern bzw. von der Zentralschweiz geleistet werden müssten. Vergleicht man diese hypothetischen Beiträge an den HFK mit den Aufwendungen für eine eigene Universität, so könnten diese finanzpolitischen Überlegungen die Argumentation für oder wider eine Hochschulgründung entscheidend beeinflussen. Berechnet anhand der Studentenzahlen (ohne ETH-Studenten) aus dem WS 75/76 und der Einwohnerzahl im Jahr 1975 nach 5jähriger stufenweiser Erhöhung (50 Fr.), wären die Beiträge an den HFK, wie in der Tabelle am Schluss (als Vergleich dazu sind die Beiträge, welche die Zentralschweizer Kantone gemäss Verteilungsschlüssel des zentralschweizerischen Universitätskonzepts an die geplante eigene Universität entrichten müssten, aufgeführt).

Die gezeigte Gegenüberstellung ist sehr theoretisch. Um den wahrscheinlicheren Aufwendungen der Zentralschweizer Kantone für das Hochschulwesen näherzukommen, und zwar inklusive Uni Luzern, muss eine weitere hypothetische Berechnung angestellt werden. Unter der Annahme, dass ein Teil der Studierenden der Zentralschweizer Kantone nicht in Luzern studieren würde oder könnte, wären also noch zusätzlich zu den Auf-

wendungen für die eigene Uni für rund 30 Prozent der Studierenden Beiträge an den HFK zu entrichten.

Diese Beiträge würden sich für den Kanton Luzern auf etwa 3–4 Mio. Franken und für die gesamte Zentralschweiz auf 7–9 Mio. Franken belaufen. Der Beitrag, den die Uni Luzern aus dem HFK erhalten würde, hinge ab von der Anzahl Studierenden aus Nicht-Zentralschweizer Kantonen. Wie viele das sein werden, ist kaum zu sagen, das hängt von vielen Faktoren ab. Falls es ebenfalls etwa 30 Prozent sein würden, wäre der Beitrag aus dem Fonds etwa 2–3 Mio. Franken. Der Saldo könnte somit berechnet werden aus den Abgaben und Zuschüssen an bzw. aus dem HFK. Für die gesamte Zentralschweiz würde der Saldo negativ ausfallen (7–9 Mio. Abgaben minus 2–3 Mio. Zuschüsse = etwa 5,5 Mio. Abgaben).

Es lässt sich zusammenfassen: Nach dem vorliegenden Modell hätte die Zentralschweiz ohne eigene Universität eine beträchtliche Summe von rund 23 Mio. Franken als Beitragsleistung an die bestehenden Kantonalen Universitäten aufzubringen. Dieses Geld würde in jene Regionen fliessen, die bereits wirtschaftlich und kulturell bevorteilt sind. Das regionale Gefälle würde zugunsten der Zentralschweiz noch verstärkt. Demgegenüber wäre mit einer eigenen Universität (zusätzlich zu den 14,4 Mio. Betriebskosten für die eigene Universität) nach ein bescheidenen Beitrag (vgl. Saldo) zu leisten, der angesichts der übrigen wirtschaftlichen und kulturellen Vorteile, die eine Hochschule mit sich brächte, kaum ins Gewicht fallen dürfte. H. S.

Kantone hypothetische Beiträge an die Beiträge an HFK (ohne Luzern) (ohne eigene Uni) (ohne Beiträge an in Mio. Fr. HFK) in Mio. Fr.

Luzern	11,5	10,00
Uri	1,3	0,61
Schwyz	3,6	1,65
Obwalden	0,8	0,44
Nidwalden	1,2	0,66
Zug	4,5	1,22
Zentralschweiz	23	14,4

Der Vergleich dieser Werte weist auf einige Zusammenhänge hin, die es verdienen, hervorgehoben zu werden:

• Das Volkseinkommen des Kantons Luzern beträgt 4550 Mio. Franken. Dies entspricht 3,73 Prozent des gesamtschweizerischen und 50,0 Prozent des zentralschweizerischen Volkseinkommens.

• Von den vergleichbaren Hochschulkantonen weisen Freiburg mit 1,95 Prozent und Neuenburg mit 2,5 Prozent einen wesentlich kleineren Anteil am gesamtschweizerischen Kuchen auf. Betrachtlich höher als diese zwei Hochschulkantone liegt die Zentralschweiz mit 7,52 Prozent des schweizerischen Volkseinkommens. Geht man davon aus, dass Freiburg (3489 Studenten im WS 74/75), Neuenburg (1640) und

volumen wesentlich höher als die vergleichbaren Kantone Freiburg, Neuenburg und St. Gallen.

## Die Finanzierung durch den Kanton Luzern

Die Finanzierung der Investitionskosten sollte bereits gesichert sein, da im Rahmen des Ausbaus der Mittelschulen und des Technikums eine Steuererhöhung von 1/20 Einheit beschlossen wurde. Die Einnahmen aus dieser Erhöhung, die sich jährlich auf etwa 6,3 Mio. Franken (berechnet für 1976) beziffern würden, für die Gründungsinvestitionen ausreichen. Obwohl diese Steuererhöhung bereits in diesem Jahr hätte erhoben werden können, hat man darauf verzichtet, so dass sie nach wie vor fällig ist.

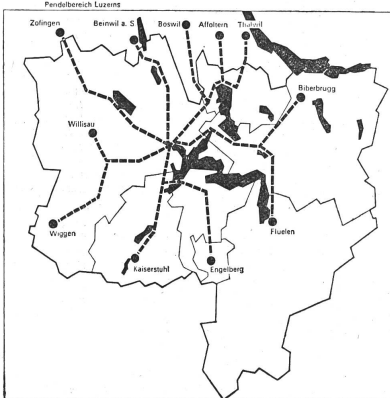
Nach Steuerjahr 1974 führt ein Zuschlag von 1/20 Steuereinheit zu folgender Belastung des Steuerzettels:

Steuerbares Einkommen	Erhöhung in Fr.
20 000	31,70
30 000	46,50
50 000	76,50
100 000	149,50
200 000	310,00

Ein Finanzierungs-vorschlag für die Betriebskosten basiert auf dem sogenannten «Umlagerungsprinzip»: Dieses Prinzip geht von der Tatsache aus, dass die Ausgaben im Volksschulwesen in den nächsten Jahren sinken werden, weil der Geburtenrückgang zu einer Reduktion der Volksschüler von etwa 30 Prozent führen wird. Die dadurch ermöglichten Einsparungen von etwa 10 Mio. Franken könnten innerhalb des Bildungssektors für die Hochschule abgezweigt werden. Allerdings verteilen sich diese 10 Mio. Franken gleichermassen auf Kanton und Gemeinden, so dass lediglich 5 Mio. dem Kanton direkt zur Verfügung stehen würden. Diese Umlagerung könnte für viele Leute ein Stein des Anstosses sein. Rufe wie «Warum noch mehr Akademiker, die finden sowieso keine Anstellung» oder «Tut mehr für die Berufsausbildung» usw. sind bekannt. Hier muss sicher grundsätzlich überlegt werden, wo im heutigen Zeitpunkt Investitionen für möglichst viele Kreise richtig platziert wären.

Hans Schmid, Hochschulkomitee der Zentralschweizer Jugend

- Literaturhinweise:  
Schweizerischer Wissenschaftsrat (SWR): Jahresberichte 1964–76, Bern.  
Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK): Jahresberichte 1969–76, Bern.  
Botschaft über die Förderung der Hochschulen und die Forschung vom 4. Oktober 1976.  
Botschaft des Regierungsrates des Kantons Luzern an den Grossen Rat vom 20. Juni 1977.  
C. A. Zehnder: Von der Studentenzahl zur Hochschulreform. ETH Zürich 1975, p. 71.  
Bericht der Hochschulkonferenz vom 1969, p. 127.  
Hochschulkomitee der Zentralschweizer Jugend (HKZJ) und VSS: Das Zentralschweizer Universitätsprojekt Luzern – Arbeitsheft I/SS Bern, Oktober 1977.  
Luzerner Pressedienst für Hochschullehrer Nr. 25, Hing. Stellung zur Förderung der Hochschule Luzern.  
SHK: Der Beitrag der Nicht-Hochschulkantone an das höhere Bildungswesen der Schweiz, Bern/Genf 1975.



TAGESANZEIGER MAGAZIN

85. Jahrgang Nr. 18 Auflage 250 000 Preis mit Magazin Fr. 1.-

Zürich, Samstag, 22. Januar 1977

# Tages Anzeiger MAGAZIN

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Geschäftsstelle: 2018, 1. Geschübstrasse 51  
Brettstr. Postfach, 8021 Zürich  
Druck: Oberlin, Bernstrasse 63/65, 8005, Zürich  
Anzeigen: von 10 bis 18 Uhr, Tel. 25 15 15  
Abbestellen: 21 bis 26 Uhr, Tel. 25 15 15

Abbestellen: Tel. 25 15 15, Fax 25 15 15  
Abbestellungsformulare auf Seite 18  
Druckerei: Oberlin, Bernstrasse 63/65, 8005, Zürich  
Telefon: Tel. 25 15 15, Telefax: 25 15 15  
Postfach: 1.20.0077, 8011, Zürich

Arrestbeschwerden nicht mehr beim Oberanwalter

Libérale Lösung setzt sich gegen den Widerstand der katholischen Kirche im Parlament durch

Der Winterpark

# DER ZWEITE BILDUNGSWEG.

**E**r verschafft Ihnen Zugang zur russischen und chinesischen Aussenpolitik.

**E**r macht Ihnen klar, warum der neue amerikanische Präsident nicht mehr so oft lächelt wie während des Wahlkampfes.

**E**r öffnet Ihnen den Weg in die Welt der schwarzen und der roten Zahlen. Denn er berichtet Ihnen täglich über das wirtschaftliche Geschehen.

**E**r sagt Ihnen jeden Tag, wer gewonnen und wer verloren hat. Denn er widmet sich intensiv dem Sport.

**E**r verrät Ihnen schon am frühen Morgen, was Sie am Abend in Zürich alles verpassen könnten.

**E**r verhilft Ihnen zweimal pro Woche zu einem Job, der Ihnen das Geld bringt für Ihr Studium. Mit einem reichen Stellenangebot.

**E**r bringt Ihnen jeden Samstag ausführliche und gut fundierte Berichte aus Politik, Kultur und Wissenschaft. Mit seinem Magazin, in dem auch Leute wie Peter Bichsel, Hugo Loetscher und Jürg Federspiel zu Wort kommen.

**E**r kostet Sie pro Jahr, abzüglich 30 Prozent Studentenrabatt, Fr. 72.80. Einschreiben können Sie sich mit dem untenstehenden Coupon (kein Numerus clausus).

## COUPON

Den Bildungsweg, der so vielseitiges Wissen mit 30 Prozent Rabatt vermittelt, möchte ich kennenlernen.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

- monatlich Fr. 6.45  
 vierteljährlich Fr. 18.55  
 halbjährlich Fr. 36.75  
 jährlich Fr. 72.80

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Fakultät: \_\_\_\_\_

Semester: \_\_\_\_\_ 7410

Bitte ausschneiden und senden an:  
Tages-Anzeiger, Vertrieb  
Postfach, 8021 Zürich

**WEIL MAN HEUTE SO VIEL WISSEN MUSS.**